



**diplomatische
akademie wien**
Vienna School of International Studies
École des Hautes Études Internationales de Vienne

G2W
Ökumenisches Forum für Glauben,
Religion und Gesellschaft
in Ost und West

PRO ORIENTE

Renovabis

Europa – wohin?

Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft

Konferenz vom 14. bis 16. März 2018 in Wien

Dokumentation

Inhaltsübersicht

Grußwort Kardinal Schönborn	1
Michael Kuhn: Die Krise in Europa aus der Sicht der Kirche	3
Reinhold Vetter: Populismus und Nationalismus in Europa	14
Ingeborg Gabriel: Sozialethische Herausforderungen für die Kirchen in Europa	28
Tomáš Halík: Gedanken zu einer europäischen Politik aus christlichem Antrieb	39
Christof Dahm: Konferenz-Bericht	47
Programm der Konferenz	53
Fotodokumentation	59

Veranstalter

PRO ORIENTE

Institut G2W – Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West

Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Wien, 15. März 2018

[Erzbischöfliches Palais]

Europa – wohin?

Wohin geht Europa? Diese Frage bewegt viele Menschen auf unserem Kontinent. PRO ORIENTE, das Schweizer Institut „G2W“ und die deutsche Solidaritätsaktion „Renovabis“ widmen sich in der Wiener Diplomatischen Akademie in verdienstvoller Weise diesem Thema, das von besonderer politischer und gesellschaftlicher Brisanz ist. Da ich persönlich an dieser internationalen Konferenz nicht anwesend sein kann, möchte ich auf diesem Weg alle Fachleute aus 19 europäischen Ländern herzlich grüßen und ihnen für ihr Kommen und ihre Teilnahme danken.

Wir leben in einer Zeit dramatischer Krisen und Veränderungen. Es genügt, die Stichworte Globalisierung, Migration zu nennen. Rückzug und Abgrenzung, der Bau von „Mauern“ aller Art, sind sicher keine zielführenden Methoden zur gemeinsamen europäischen Bewältigung dieser Fragen. Die Lösung kann nur im Bestreben nach gemeinsamen Wegen der Verständigung und des Dialogs liegen.

Ich sehe Ihre Konferenz als einen vielversprechenden Versuch, solche neuen Wege zu gehen, Wege eines europäischen Kontinents, der sich nicht einkapselt, sondern seine Aufgabe in der Welt geeint wahrnimmt. Ein namhafter österreichischer Politiker hat davon gesprochen, dass Europa zwar ein „global payer“, aber leider kein „global player“ sei. Ich würde mir wünschen, dass diese Konferenz dazu beiträgt, dass überall in Europa der Mut wächst, sich auch als „global player“ zu betätigen.

Seit der Gründung der Vorgängerorganisationen der Europäischen Union hat sich auf unserem Kontinent vieles zum Positiven verändert. Und doch bleiben viel ungelöste und wachsende Probleme, die so manche Zweifel und Ängste am Gelingen des europäischen Projektes hervorrufen. Ich nenne ein Beispiel aus unserem kirchlichen Bereich: Auch dort gibt es europäische Institutionen und europäische Veranstaltungen. Aber immer wieder geht man an einem bestimmten Punkt einer solchen Veranstaltung in „Sprachgruppen“, man bleibt unter sich, die Konfrontation der großen Perspektiven unterbleibt. Die Konferenz findet in Wien statt, in einer Metropole im Herzen des Kontinents. Aber gibt es einen echten Dialog zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West des Kontinents? Ich würde mich sehr freuen, wenn diese Konferenz einen Beitrag zur besseren Verständigung untereinander leisten kann.

Der große französische Theologe (und spätere Kardinal) Yves Congar hat das Wort von den „beiden Lungen“ – der westlichen und der östlichen – geprägt, mit denen Europa, das europäische Christentum, atmen müsse. Papst Johannes Paul II. hat dann gerade in Wien dieses Wort aufgenommen und ihm große Popularität verschafft.

Das Bild von den „beiden Lungen“ in den Köpfen und Herzen zu verankern, ist nach wie vor „work in progress“. Es gibt große Fortschritte, aber es bedarf nach wie vor vieler Anstrengungen, um allen Europäern – besonders den europäischen Entscheidungsträgern – begreiflich zu machen, dass Europa nur dann vollständig ist, wenn der Kontinent mit beiden Lungen atmet.

Papst Franziskus hält nicht nur das Erbe, welches das Christentum in der Vergangenheit in die soziokulturelle Gestaltung Europas eingebracht hat, für grundlegend, sondern vor allem den Beitrag, den es heute und in der Zukunft zu dessen Wachstum zu leisten gedenkt. Dieser Beitrag ist eine echte und wertvolle Bereicherung für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das zeigen uns die Ideale, die Europa von Anfang an geformt haben, wie der Friede, die Subsidiarität und die wechselseitige Solidarität – ein Humanismus, in dessen Zentrum die Achtung der Würde der Person steht.

In diesem Sinn wünsche ich Ihrer Konferenz vertiefende Erkenntnisse, die einen guten Beitrag für die Zukunft Europas zu leisten vermag.

+ Christoph Kardinal Schönborn
Erzbischof von Wien

Michael Kuhn

Die Krise in Europa aus Sicht der Kirche

Dr. Michael Kuhn ist der stellvertretende Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Union (COMECE).

Rückblick

Bei der Vorbereitung meines Beitrags sind mir immer wieder Schlagzeilen und Schlagwörter durch den Kopf gegangen, mit denen in den vergangenen Jahren versucht wurde, das Außergewöhnliche und Besondere der gegenwärtigen Situation in Worte zu fassen. So titelte etwa die Hamburger „DIE ZEIT“ ihre Neujahrsausgabe 2016 mit der Überschrift „So viel Jahr war noch nie“ – und meinte damit den Rückblick auf ein turbulentes Jahr, das von den Ereignissen des Herbstes 2015 und den Flüchtlingen dominiert wurde.

Etwas mehr als ein halbes Jahr später kam Jean-Claude Juncker in seiner „State-of-the-Union“, in der er die politischen Ereignisse des laufenden Jahres kommentierte und die Vorhaben der Europäischen Kommission für das Jahr 2017 ankündigte, zu der Schlussfolgerung: „Unsere Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer existenziellen Krise ... Nie zuvor habe ich soviel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen.“ Diese Einschätzung wurde, mit weitgehenden Konsequenzen, von seinem Vizepräsidenten Frans Timmermans in einem Interview mit der niederländischen Wochenzeitung „De Tijd“ geteilt: „Es besteht die realistische Möglichkeit, dass das Europäische Projekt scheitert.“

Am Ende des vergangenen Jahres schließlich lag der Ausgabe der zweimal jährlich erscheinenden Europäischen Revue „Transit“ ein Brief des Herausgebers und des Verlages bei, in dem angekündigt wurde, dass mit dieser – fünfzigsten – Ausgabe die Zeitschrift nach etwas mehr als 27 Jahren eingestellt würde. Die Gründe dafür waren einerseits die Pensionierung des bisherigen Herausgebers Klaus Nellen und es war andererseits die Feststellung, dass wir in Europa und der Welt vor einem tiefgreifenden Wandel stünden, der so ganz anders orientiert sei als der Aufbruch des Jahres 1990, nämlich rückwärtsgewandt.

In seinem letzten Editorial für „Transit“ zitiert Klaus Nellen den im Jahr 2010 verstorbenen britisch-amerikanischen Historiker Tony Judt: „Europa tritt in vieler Hinsicht in eine Epoche der Unruhe, eine Zeit großer Schwierigkeiten und Wirren ein. ... Für den alten Kontinent ist das natürlich nichts Neues, aber für die meisten derzeit Lebenden wird es überraschend kommen und eine unangenehme Erfahrung sein.“¹ In seinem Beitrag in eben dieser Ausgabe

¹ Tony Judt zitiert nach dem Editorial von Klaus Nellen. In: Transit 50 (2017), S. 5.

spricht der britische Historiker Timothy Garton Ash schließlich vom Abschluss eines Zeitalters, dem „Ende der Nachmauerzeit“, des „Post-1989-Zeitalters“.²

Es sind diese Feststellungen „existenzielle Krise“, „realistische Möglichkeit des Scheiterns“ und „das Ende eines Zeitalters“, die mich sehr nachdenklich gemacht haben, im eigentlichen Sinn des Wortes „einem Zeitalter nachdenkend“: Was hat diese Zeit mit mir gemacht und was haben wir in dieser Zeit gemacht, was haben wir unterlassen, erhofft, erwartet oder befürchtet?

Eine Zeit der Umbrüche und Umwälzungen, der Neuordnung und der Versuche, Europa neu zusammenzufügen, geht zu Ende. Sie endet aber nicht in einer neuen Ordnung, sondern in einer existenziellen Krise. Ist „in einer Krise enden“ aber möglich? Ist die Tatsache einer Krise üblicherweise nicht ein Zeichen dafür, dass ein Zeitabschnitt eben noch nicht zu Ende gegangen, sondern nur in eine neue Phase eingetreten ist, in der sich die Dinge weiter klären, bis sich schließlich die Nebel ein wenig lichten und wirklich etwas Neues oder das Neue sichtbar wird?

Mit Krisen haben Europa, die Europäische Union und das europäische Integrationsprojekt ja ausreichend Erfahrung. Robert Schumans Projekt vom Mai 1950 war die Antwort auf die wohl tiefste Krise des Kontinents: der Erfahrung eines fast sechsjährigen Vernichtungskrieges, der geplanten und mechanisierten Auslöschung von 6 Millionen Menschen durch die Shoa und die Spaltung des Kontinents in zwei ideologische Einflussbereiche: einen freiheitlich-demokratischen und einen totalitär-kommunistischen Teil.

Aber bereits dem ersten Schritt, der Gründung der Montanunion, folgte beim angedachten und schließlich von Frankreich abgelehnten zweiten Schritt einer militärischen Union eine Krise, die erst mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Römischen Verträge im März 1957 überwunden wurde. Dieser Krise sollten noch weitere folgen, von der Politik des leeren Stuhls durch den französischen Präsidenten Charles de Gaulle in den 1960er Jahren, die Euro-Sklerose von Mitte der 1970er Jahre, die erst durch die Arbeit von Jacques Delors als Präsident der Europäischen Kommission ab 1985 und die Einheitliche Akte aus dem Jahr 1986 überwunden wurde, der erzwungene Rücktritt der Kommission Santer 1999, die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Niederlande und Frankreich im Jahr 2005 bis zu den schwierigen Verhandlungen, die letztlich zum Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 führen sollten.

Interessant für unsere weiteren Überlegungen ist übrigens die Art und Weise, wie die erste Krise der frühen 1950er Jahre gemeistert wurde: Nach der Ablehnung der Verteidigungsgemeinschaft durch Frankreich trafen einander die verhandelnden Politiker der damals sechs Mitgliedsstaaten an etwas abgelegeneren Orten und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, um so

²Timothy Garton Ash, ebd.

gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Bei Treffen in italienischen Villen und französischen Landhäusern, bei gemeinsamen Essen, Trinken und Gesprächen über Philosophie, Literatur, aber natürlich auch über Politik und über Pläne für eine zukünftige Form Europas wurde die zwischenmenschliche Grundlage geschaffen, die es ermöglichte, die Verträge von Rom auszuhandeln. Ob das gelungen wäre, wenn es damals bereits Smartphones, Whatsapp und Twitter gegeben hätte?

Die Krisen, die seit dem Herbst 2008 Europa und die Menschen in Europa beschäftigen und beängstigen, wurden schon unzählige Male genannt. Ich möchte sie der Vollständigkeit halber trotzdem noch einmal erwähnen:

- Am Beispiel des „Pokers“ um die *Finanzierung des griechischen Staatshaushalts*, des drohenden Bankrott Griechenlands und der gesellschaftlichen Auswirkungen der auferlegten Sparpolitik wird die Verwundbarkeit unseres Wirtschafts- und Finanzsystems sichtbar.
- Der *Konflikt in der Ukraine* zeigt die Grenzen der EU-Außenpolitik, die vor allem auf „soft power“ gegründet ist, und der Notwendigkeit einer „pre-emptive conflict prevention“. Die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland wirken sich auch auf die eigene Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum der EU aus und werden daher von manchen Mitgliedsstaaten angezweifelt oder abgelehnt.
- Die *zunehmende Terrorgefahr* in Europa durch radikalisierte Muslime, oft Migranten der dritten Generation. Die Anschläge in verschiedenen Städten Europas und schließlich die Ermordung des Priesters Jacques Hamel während einer Messe in seiner Kirche in Saint-Étienne-du-Rouvray bei Rouen erweckt für viele Menschen den Eindruck, dass wir uns wirklich „im Krieg befinden“, dass die Gegner aber nicht vereinzelt religiöse Fanatiker sind, sondern es schlechthin „der Islam“ ist.
- Die massiven *Wanderungsbewegungen von Migranten und Flüchtlingen*, die auf unterschiedlichen Wegen in die EU zu kommen versuchen, führen zu heftigen Diskussionen über Abwehr oder Aufnahme, zu konkreter Hilfsbereitschaft und zu anhaltenden Protesten gegen Asylsuchende und Migranten.
- Ereignisse wie in der Silvesternacht 2015 in Köln machen die Schwierigkeiten pluraler Gesellschaften und die *Grenzen von Integration* bewusst. Sie führen zu Stimmungsumschwung und wachsendem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen und Migranten sowie zur Ablehnung der anfänglichen „Willkommenskultur“.
- Das Ergebnis des Referendum in Großbritannien über den Austritt aus der EU im Juni 2016 ließ nicht nur Politiker ratlos zurück (die damit nicht gerechnet und keinen Plan vorbereitet hatten – und die bisher erfolglosen Verhandlungen zwischen der EU und der britischen Regierung über den „Scheidungsvertrag“ machen das noch einmal deutlich), sondern es zeigt die unterschiedlichen Bruchlinien in den Gesellschaften der einzelnen Mitgliedsstaaten: zwischen den Generationen, zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen, zwischen unterschiedlichen Regionen. Für die Europäische Union – bisher auf Erweiterung ausgerichtet – bedeutet diese bevorstehende

„Schrumpfung“ die Aufforderung zu einer *grundlegenden Neuorientierung*.

Gemeinsam ist all diesen Krisen, dass bisher kaum eine Lösung in Sicht oder politisch umsetzbar ist und sie daher ungelöst weiterhin nebeneinander bestehen. Es ist diese Summe von „Einzelkrisen“, die die europäischen Bürger daran zweifeln lässt, ob denn das europäische Projekt gelingen kann oder ob es nicht eher scheitern wird. Genau das macht die existenzielle Krise Europas aus: Die Frage der Menschen „macht denn das Projekt eines integrierten Europas überhaupt noch Sinn“?

Krisen als Vergrößerungsglas

Diese Ereignisse der letzten Jahre sind wie eine Lupe, unter der die Verwerfungen, Risse, Gräben und Abgründe in und zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auch die globalen Umbrüche und Verschiebungen, aus denen Neues entsteht, sichtbar werden. Alte und bisherige Sicherheiten scheinen plötzlich wert- und gegenstandslos. Ihr Verschwinden löst Angst und Unsicherheit aus. Die Wahlerfolge von populistischen und nationalistischen Parteien in verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU – Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweden, Polen, Großbritannien – sind ein deutliches Zeichen. Gleiches gilt für das Entstehen von Protestbewegungen wie Pegida in Deutschland oder das Konzept einer „illiberalen Demokratie“, wie sie Viktor Orbán für Ungarn und letztlich für ganz Europa vorschwebt.

Konstruktionsfehler im Bauwerk Europa

Unbarmherzig enthüllen diese Krisen einige altbekannte Konstruktionsfehler im „Bauwerk Europäische Union“, zu deren Behebung bisher aber der politische Wille fehlt.

Die wohl größte „Bausünde“ ist das Fehlen eines festen politischen Fundaments für die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Stabilitätspakt hat sich als zu schwach und wirkungslos erwiesen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch, dass eine europäische Währungsunion auch einer koordinierten europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik bedarf, wobei es weiterhin undeutlich bleibt, wie so unterschiedliche Volkswirtschaften wie die Deutschlands und Griechenlands unter einen Hut zu bekommen sind.

Mindestens ebenso fahrlässig war das jahrzehntelange Verzögern einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Nachdem die Europäische Kommission Ende der 1990er Jahre mit ihrem Plan für gemeinsame Asylstandards und -prozeduren am Veto der Mitgliedsstaaten gescheitert war, waren die Dublin-Abkommen im Vergleich zu den ursprünglichen Vorschlägen nur schwache Kompromisse. Sie bürden die Lasten der Asylpolitik den Ländern an den EU-Außengrenzen auf, eine Politik,

die bei einigen tausend Flüchtlingen pro Jahr funktionieren mag, die aber unter dem massiven Andrang der letzten Jahre zusammenbrechen muss.

Nicht verstanden wird von vielen Menschen auch der scheinbar hartnäckige Glaube an technische Lösungen. Macht es Sinn, auch weiterhin gebetsmühlenartig von „Wachstum und Jobs“ zu sprechen, wenn bereits deutlich ist, dass die „Industrielle Revolution 4.0“, eine weitgehende Digitalisierung und Robotisierung der Arbeitswelt, viele, auch hochwertige, Arbeitsplätze überflüssig machen und schließlich wegrationalisieren wird?

Krise auch in der Kirche

Die oben genannten und durch die Krise deutlich gewordenen Risse, Brüche und Verwerfungen ziehen sich auch durch die Kirche. Am deutlichsten sichtbar wurde das in der Flüchtlingskrise, als hohe Kirchenvertreter einander heftigst widersprochen haben und eher der Linie ihrer Regierung als der des Papstes gefolgt sind.

Diese Feststellung ist gleichzeitig positiv und negativ. Die Kirche ist Teil jener Gesellschaft, in der sie wohnt und lebt. Sie ist keine „societas perfecta“ mehr, sondern eine „ecclesia semper reformanda“. Allerdings wird damit sichtbar, dass Christen bei politischen und gesellschaftlichen Themen unterschiedlicher Meinung sein können und unterschiedliche Positionen vertreten. Mit Blick auf die Pastorale Konstitution „*Gaudium et spes*“ des Zweiten Vatikanischen Konzils ist das durchaus legitim. Problematischer ist es, dass durch die Jahrhunderte der Harmoniesucht der Kirche die Instrumente fehlen, mit Unterschieden umzugehen, sie als Möglichkeit einer Weiterentwicklung zu sehen und sie konstruktiv auszutragen. Das Wort „Häretiker“ liegt zu schnell im Mund.³ Diese verstörende Einsicht wuchs während der Synode 2014: Uns fehlen anscheinend die Instrumente einer zivilisierten Austragung von manchmal grundsätzlich unterschiedlichen, aber durchaus legitimen Sicht-, Verstehens- und Interpretationsweisen.

Brüche zwischen West und Ost

Wohl am deutlichsten sichtbar wird der Riss zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union am Beispiel der praktischen Aufkündigung der Solidarität durch die „Visegrádstaaten“ anlässlich der Griechenlandkrise und der Ablehnung eines Mechanismus zur Verteilung der Flüchtlinge über die Mitgliedsstaaten. Vor allem jene Mitgliedsstaaten, die während des Kalten Krieges Flüchtlinge aus Ungarn (1956), aus der Tschechoslowakei (1968) und aus Polen (1981) aufgenommen hatten, konnten diese grundsätzliche Ablehnung von Flüchtlingen – mit dem Hinweis, selbst

³Interview mit Kardinal Kasper. Zitiert nach: <https://www.americamagazine.org/faith/2018/03/05/cardinal-kasper-quit-throwing-around-word-heretic>

keine Muslime und daher auch keine passende Infrastruktur im Land zu haben – nicht verstehen. Hatte man die eigene Geschichte vergessen? Woher diese Undankbarkeit?

In einem kurzen prägnanten Essay benennt der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev⁴ einige Gründe für diese verweigerte Solidarität, die er eher als „Konflikt von Solidaritäten“ verstanden wissen möchte:

- Es ist das Gefühl, im Vergleich zu den alten EU-Mitgliedsstaaten selbst unterprivilegiert und zu kurz gekommen zu sein. Das vorrangige Ziel der EU-Mitgliedschaft dieser Länder war und ist es, nach Jahren der Entbehrung unter dem kommunistischen Regime möglichst schnell denselben hohen Lebensstandard und Wohlstand wie die anderen EU-Staaten zu erreichen.
- Das „demographische Defizit“ – die Tatsache, dass viele junge Menschen die neuen Mitgliedsstaaten verlassen und woanders Arbeit und Heimat gefunden haben – und die damit verbundene Angst, über kurz oder lang die „eigene nationale Identität“ zu verlieren bzw. aus der Geschichte zu verschwinden.
- Die Ablehnung der Fremden ist auch das Ergebnis von Selbstgenügsamkeit und fehlender Neugier: Im Gegensatz zu den Ländern Westeuropas waren diese Länder nach innen und nicht nach außen gerichtet und vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang eingesperrt. Internationalismus war eine vom System verordnete Doktrin, aber keine von den Menschen internalisierte Haltung. Die Integration in die Europäische Union unter den Bedingungen der (fast ausschließlich marktwirtschaftlich-liberal orientierten) Globalisierung überfordert diese Menschen.
- Wohl grundlegend ist, dass es im Zug der Erweiterung nicht gelungen ist, die gemeinsame, aber nicht geteilte Geschichte der Staaten Europas zu thematisieren. Für viele neue Mitgliedsstaaten bleibt die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte, die wiedergewonnene Selbstständigkeit und die Rückversicherung der nationalen Unabhängigkeit und der durch die NATO gewährleisteten Sicherheit vor militärischen Angriffen von größerer Bedeutung als die Zugehörigkeit zur (wirtschaftlich verstandenen) Europäischen Union. Das (Selbst-)Verständnis „Verlierer der Geschichte“ zu sein ist noch immer in den Köpfen und beherrscht das Denken.

Dieser Riss ist nicht nur den neuen Mitgliedsstaaten anzulasten. Das Interesse der „alten EU“ an den neuen Mitgliedern war oft ausschließlich wirtschaftlich geprägt und galt nicht den Menschen, sondern möglichen neuen Absatzmärkten. Die Freiheit des Personenverkehrs wurde als problematisch

⁴ Ivan Krastev: Het ongemak in Oost-Europa. In: Nexus 70, Tilburg 2015, S. 164-167. Vgl. auch seine Überlegungen im Essay „After Europe“ (deutscher Titel: „Europadämmerung“, erschienen 2017).

erfahren. Meist waren die Menschen aus den neuen Mitgliedsstaaten als (unterbezahlte) Arbeitskräfte willkommen in Berufen, in denen man keine geeigneten Fachkräfte mehr finden konnte. Gleichzeitig entstanden aber Ressentiments gegen den „polnischen Klempner“ und all diejenigen, die oft schneller und billiger arbeiteten als entsprechende Handwerker aus dem eigenen Land.

Misstrauen und Angst

Die Hauptursache für wachsendes Misstrauen ist das diffuse Gefühl, an einer Epochenschwelle zu leben, Veränderungen unterworfen zu sein, die man nicht mehr in der Hand hat und steuern kann.⁵ Es ist die Ahnung, dass etwas zu Ende geht; dass alte vertraute Muster und Sozialverbände – Volk, Staat, Nation, Identität, aber auch Arbeitsplatz oder Familie – ihre Bedeutung wechseln oder zu verschwinden drohen, dass sich aber das Neue nur in Umrissen und schemenhaft zeigt. Damit verbunden ist der nicht unberechtigte Verdacht, dass auch die Politik bzw. die Politiker nicht mehr in der Lage sind, diese Veränderungen zu steuern. In diesem Kontext fällt der Lockruf der „fehlenden Legitimation der EU“ auf fruchtbaren Boden.

Obwohl (oder weil) es vielen Menschen besser geht als je zuvor, befürchten sie, den mühsam aufgebauten wirtschaftlichen Wohlstand und den damit erworbenen sozialen Status wieder zu verlieren und die gesellschaftliche Leiter hinunter zu fallen. Dazu gehört die Einsicht, dass es der nachfolgenden Generation nicht unbedingt „besser“ gehen wird – wobei dieses „besser“ meist über sozialen Aufstieg, über Besitz und Einkommen definiert wird.

⁵Beispiele für diese Veränderungen sind:

- Verschiebung des Zentrums, Europa wird unbedeutender; Neuverteilung der geopolitischen Macht (nachdem Europa an Amerika „übergeben“ hatte, erhebt jetzt China, wenn auch noch nicht so ausgesprochen, den Führungsanspruch).
- Die Flüchtlingskrise bringt eine Reihe von Entwicklungen, die wir gerne ausblenden und höchstens aus den Augenwinkeln betrachten, zurück in den Mittelpunkt und fordert Aufmerksamkeit.
- Wachstum der Weltbevölkerung, vor allem in Afrika.
- Auswirkungen des Klimawandels, der vor allem durch langfristige Entwicklungen im Westen verursacht wurde.
- Wirtschaftliche, politische und soziale Verwerfungen in Afrika und anderen Teilen der Welt auch – wenn auch nicht ausschließlich – als Ergebnis europäischer kolonialer Politik.
- Soziale Medien ermöglichen, sich schnell einen Überblick zu verschaffen, wo es lohnenswert wäre hinzugehen. (Dazu Krastev: „Revolution im 21. Jahrhundert bedeutet nicht den Wechsel einer Regierung in einem Land, sondern das Wechseln des Landes.“)
- Technologische Entwicklung mit Blick auf Industrialisierung 4.0: In etwa 15 Jahren werden 47 Prozent der heute noch bekannten Arbeitsplätze von Automatisierung und Robotern eingenommen werden.

Diese Angst wirkt zurück auf die Wahrnehmung der Europäischen Union. War sie nicht angetreten mit dem Versprechen von „Wachstum und Wohlstand“? Anscheinend ist sie, so die Meinung, nicht (mehr) imstande, dieses Versprechen einzulösen. Durch immer neue Ansprüche und Erwartungen werden die wahren Errungenschaften der letzten 60 Jahre schnell aus den Augen verloren – eine bereits mehr als siebenzig Jahre währende Friedensperiode, ein bisher unerreichter hoher wirtschaftlicher Wohlstand, individuelle Freiheit. Darauf die Menschen hinzuweisen – und damit das Ruder herumzureißen – fällt Politikern zunehmend schwer.

Paradigmenwechsel – die EU neu denken

Aus all diese Einzelkrisen, den Symptomen der bereits genannten existenziellen Krise der Europäischen Union, wächst eine Einsicht: Der Versuch, mit „technischem Flickwerk“ die „europäische Maschine“ in Gang zu bekommen, wird nicht mehr ausreichen, das gewachsene Misstrauen in die Europäische Union und in ihre Versprechen einer besseren Zukunft zu überwinden. Vor der „Wie-Frage“ der Wahl der geeigneten Methoden müssen wir die „Warum-Frage“ stellen: Warum ist das Projekt der europäischen Integration, das in der Europäischen Union eine konkrete Form gefunden hat, sinnvoll, notwendig, wünschenswert und gut? Wem dient dieses Projekt? Ist es Selbstzweck oder Instrument? Und wenn es Letzteres ist, dann: ein Instrument „wofür“ beziehungsweise „für wen“?

Bisher ist man dieser Art von Fragen, die zu einer grundsätzlichen Diskussion führen können, immer mit dem Hinweis ausgewichen, dass die Menschen „eine Europäische Union der Resultate“ statt einer fruchtlosen Diskussion über die Ziele dieser Union sehen wollten. Allerdings: Das grundsätzliche Misstrauen der Bürger in das Funktionieren der politischen Institutionen im Allgemeinen und in die (politische und gesellschaftliche) Elite war selten so groß wie heute. Viele Menschen argwöhnen, dass sie trotz aller gegenteiliger Beteuerungen „vom System“, das heißt von der Politik und den Medien, systematisch gegängelt und falsch informiert werden (das beste Beispiel dafür ist der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf 2016) und das Ziel politischer Aktivität weniger das Wohl des Landes und möglichst aller Bürger, also das Gemeinwohl ist, sondern die Selbstbereicherung der Politiker und die Verteidigung von einmal erworbenen Privilegien und der damit verbundenen Macht durch die „Eliten“.

Aus all dem wird deutlich, dass wir es mit grundlegenden Veränderungen, mit „Mutationen“ oder „Paradigmenwechsel“ zu tun haben, die unsere gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systeme (einschließlich der Demokratie selbst) und ihre Institutionen grundsätzlich infrage stellen und verändern werden. Diese Veränderungen beschränken sich nicht auf Europa, sondern stehen in einem globalen Kontext. Globaler Klimawandel, weltweit zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit und bewaffnete Konflikte sind nur Elemente davon.

Angesichts dieser sehr komplexen Lage und Entwicklungen stelle ich mir am Ende dieses Beitrags die Frage, was denn die Aufgabe von Christen in dieser

komplexen Welt sein könnte. Wie können sie, wenn überhaupt, zu einer Lösung beitragen? Müssten sie nicht eine größere Verantwortung übernehmen und eine deutlichere Rolle spielen? Und wenn, dann wie?

Es ist diese Frage, die sich die COMECE regelmäßig stellt. Ursprünglich gegründet, um kirchliche Interessen gegenüber den Institutionen der Europäischen Union zu vertreten, ist sie langsam in die Rolle eines Begleiters von Politikern und Beamten hineingewachsen, der einerseits versucht, die technische Seite der unzähligen EU-Dossiers zu verstehen, zu analysieren und aufzubereiten, der andererseits aber auch versucht, den dahinterstehenden Ideen, Vorstellungen und Konzepten von Gesellschaft und Welt auf den Grund zu gehen und die Frage nach dem „Sinn von alledem“ zu stellen. Diese Frage „Wem dient denn das Ganze“ wird von den europäischen Institutionen und ihren Mitarbeitern sowohl als konfrontierend als auch als produktiv erfahren. Sie hilft nämlich, den als selbstverständlich vorausgesetzten Horizont der Institutionen aufzubrechen – und das wird, entgegen den oft in kirchlichen Kreisen geäußerten Bedenken, dass die Institutionen durchgehend säkularistisch und damit kirchenfeindlich oder zumindest kirchentaub seien, von vielen Menschen in diesen Institutionen als ermutigend und hilfreich erfahren.

Es mag mit Blick auf die sich selbst als säkular verstehende Europäische Union vielleicht merkwürdig klingen, aber eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang Papst Franziskus. Hat er sich in seinen ersten Reden in Straßburg im Herbst 2014 noch als kritischer Beobachter der Europäischen Union gezeigt und Europa eher mit einer „alten und unfruchtbaren Großmutter“ bezeichnet, so wuchs in weiterer Folge – er hat bisher fünf Reden zu Europa und der Europäischen Union gehalten – seine Zuversicht über die wichtige Rolle, die Europa mit Blick auf die Welt zu erfüllen habe und wohl auch erfüllen könne. Ich möchte die folgenden Elemente aus seinen „Ermutigungen für Europa“ herausgreifen – und ich erlaube mir, ihn ausführlich zu zitieren:⁶

„Der erste und vielleicht größte Beitrag, den die Christen dem heutigen Europa bringen können, ist es, daran zu erinnern, dass es nicht eine Ansammlung von Zahlen oder Institutionen ist, sondern aus Menschen besteht. Leider ist festzustellen, wie sich jegliche Debatte oft leicht auf eine Diskussion über Zahlen reduziert. Es gibt nicht die Bürger, es gibt die Stimmen bei Wahlen. Es gibt nicht die Migranten, es gibt die Quoten. Es gibt nicht die Arbeiter, es gibt die Wirtschaftsindikatoren. Es gibt nicht die Armen, es gibt die Armutsgrenzen. Die konkrete menschliche Person wird so auf ein abstraktes, bequemeres und beruhigenderes Prinzip reduziert. Der Grund hierfür ist verständlich: Die

⁶Die folgenden Zitate von Papst Franziskus stammen aus seiner Ansprache an die Teilnehmer des Diskussionsforums „Re-Thinking Europe. Ein christlicher Beitrag zur Zukunft des europäischen Projekts“, das die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat organisiert hat (Rom, Neue Synodenaula, 28. Oktober 2017; http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2017/october/documents/papa-francesco_20171028_conferenza-comece.html; letzter Zugriff: 13.06.2018)

Personen haben Gesichter, sie verpflichten uns zu einer realen, tatkräftigen ‚persönlichen‘ Verantwortung; die Zahlen beschäftigen uns mit Gedankengängen, die auch nützlich und wichtig sind, aber sie werden immer seelenlos bleiben. Sie bieten uns den Vorwand, um uns nicht zu engagieren, weil sie niemals unser Fleisch anrühren.“

Dieser Vorschlag – durch alle Zahlen, Konzepte und Strukturen hindurch den Menschen, das menschliche Angesicht sichtbar werden zu lassen – ist für in Abstraktionen und Systemen denkende Institutionen und viele ihrer Mitarbeiter störend, ja sogar verstörend. Gleichzeitig werden aber, so paradox das klingen mag, genau solche Worte von der Kirche und vom Papst erwartet (und als hilfreich betrachtet).

Der zweite Beitrag, den die Christen zur Zukunft Europas beisteuern können, ist die Wiederentdeckung des Sinns für die Zugehörigkeit zu seiner Gemeinschaft. Nicht von ungefähr haben die Gründerväter des europäischen Projekts gerade dieses Wort gewählt, um dem neuen politischen Subjekt, das sich gerade bildete, seine Identität zu geben.

„Die Christen erkennen, dass ihre Identität vor allem relational ist. ... Gegenüber dem anderen entdeckt jeder seine Vorzüge und seine Mängel; seine starken Seiten und seine Schwächen; mit anderen Worten, er entdeckt sein Angesicht, er begreift seine Identität.“

Das dritte wesentliche Wort für Europa ist für Papst Franziskus „Dialog“: *„Heute muss ganz Europa, ... die Gelegenheit ergreifen, vor allem ein Ort des Dialogs zu sein, ehrlich und konstruktiv zugleich, in dem allen Beteiligten die gleiche Würde zukommt. Wir sind aufgerufen, ein Europa zu erbauen, in dem man sich auf allen Ebenen begegnen und auseinandersetzen kann – gewissermaßen wie die Agora der Antike. ... Den Dialog fördern – jeglichen Dialog – ist eine Grundverantwortung der Politik. Leider ist allzu oft zu beobachten, wie sie sich eher in einen Ort des Zusammenstoßes von gegensätzlichen Kräften verwandelt. Die Stimme des Dialogs wird durch die Racheschreie ersetzt. ... Die Christen sind aufgerufen, den politischen Dialog zu fördern, besonders dort, wo er bedroht ist und die Konfrontation sich durchzusetzen scheint. Die Christen sind aufgerufen, der Politik wieder Würde zu verleihen, die als höchster Dienst am Gemeinwohl und nicht als Aneignung der Macht zu verstehen ist. Dies verlangt auch eine angemessene Bildung, da die Politik nicht die Kunst der Improvisation ist, sondern vielmehr ein hoher Ausdruck der Selbstverleugnung und der persönlichen Hingabe zum Vorteil der Gemeinschaft. Verantwortungsträger zu sein erfordert Studium, Vorbereitung und Erfahrung.“*

Neben Inklusion, der Fähigkeit, Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nach Europa kommen, zu integrieren, und Solidarität – zwischen den Generationen, den Staaten, den Regionen, und der Entwicklung – ist das zentrale Wort für Europa jenes Wort, das ganz am Anfang der Anstrengungen der europäischen Integration stand: Friede.

„Schließlich muss der Einsatz der Christen in Europa eine Friedensverheißung darstellen. Dies war der Hauptgedanke, der die Unterzeichner der Römischen Verträge beseelt hat. Nach zwei Weltkriegen und grauenhafter Gewalt von Volk gegen Volk war die Zeit zur Geltendmachung des Rechtes auf Frieden gekommen. Es ist ein Recht. ... Dennoch bedeutet Friedensstifter zu sein (vgl. Mt 5,9) nicht nur, sich um die Vermeidung von internen Spannungen zu bemühen, für die Beendigung von zahlreichen Konflikten zu arbeiten, die die Welt mit Blut beflecken, oder den Leidenden Erleichterung zu verschaffen. Friedensstifter zu sein bedeutet, Förderer einer Kultur des Friedens zu sein. ... Der Friede erfordert auch Kreativität. Die Europäische Union wird ihrer Friedensverpflichtung in dem Maße treu sein, wie sie die Hoffnung nicht verliert und sich erneuern kann, um den Bedürfnissen und Erwartungen ihrer Bürger nachzukommen.“

Den Menschen statt Strukturen zu sehen, Gemeinschaft, Dialog, Inklusion, Solidarität, Friedensverheißung sein – das mag für viele bekannt und banal klingen und wenig ambitioniert sein. Trotzdem, es sind diese „soft kills“, die jene Mentalitätsänderung zustande bringen können, derer wir bedürfen, um Auswege aus der Krise zu finden. Sie erfüllen vielleicht nicht die von manchen erhofften „Strukturänderungen in Macher-Qualität“ (das Bild des Politikers als Macher scheint unausrottbar zu sein), aber beharrlich und hartnäckig immer wieder in Erinnerung gerufen und – und das ist damit untrennbar notwendig – von Christen auch konsequent gelebt, sind diese Fähigkeiten letztendlich nachhaltiger und zielführender als alle schnellebigen politischen Strategien. Dazu bedarf es einer großen Portion Aushaltungsvermögens, Beharrlichkeit, und dessen, was Papst Franziskus Barmherzigkeit nennt: ein liebevoller Blick auf Menschen trotz ihrer Widersprüchlichkeit. Und: Es bedarf des guten Zuhörens.

Seit Jean-François Lyotard wird das „Ende der großen Erzählungen“ immer wieder behauptet. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit eines „neuen europäischen Narrativs“ eingemahnt. Um ehrlich zu sein: Ein solches Narrativ lässt sich nicht einfach am grünen Tisch entwerfen. Noch weniger lässt es sich verordnen.

Als Christen wissen wir, dass das „große Narrativ“ vom den Menschen zugeneigten und treuen Gott ein Narrativ ist, das aus vielen kleinen Erzählungen besteht und sich aus unzähligen Erfahrungen von Menschen über einen langen Zeitraum zusammensetzt, von Geschichten der Rettung, der Nähe, des Geborgenseins, aber auch der Suche, des Ringens, des Verloren-Seins und des Gefunden-Werdens. Darum möchte ich ganz praktisch dazu ermutigen, dass wir einander mit Blick auf Europa, seine Brüche, seine Verwerfungen, seine Pluralität und die unterschiedlichen Erfahrungen mit ihm (oder ihr?) – die wir oft genug als Gegensätze erfahren – Geschichten eben über unsere Erfahrungen erzählen, einander dabei zuhören und das Gehörte weiterspinnen ...

Reinhold Vetter

Populismus und Nationalismus in Europa

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist.

Wir wissen, dass Populismus seit je her ein Bestandteil von Politik und Machtausübung ist – mal mehr, mal weniger, mal intelligenter, mal dummdreist. Bekanntlich gab es schon in der Antike Volksverführer und auch kluge Geister, die diese scharf kritisierten. Nun leben wir offenbar wieder in Zeiten, in denen Phänomene wie Populismus, Nationalismus, ja Rassismus und Antisemitismus ein wesentliches Element der Öffentlichkeit in Europa und anderswo sind. Wissenschaftliche Abhandlungen wurden verfasst, und sogar der Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, Andreas Voßkuhle, hat einen Vortrag zum Thema Populismus gehalten. Das öffentliche Interesse ist verständlich, haben doch nationalistische und populistische politische Kräfte in zahlreichen europäischen Ländern in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen haben. In Polen und Ungarn stellen sie die Regierung und sind auf dem besten Wege, autoritäre, obrigkeitstaatliche Systeme zu festigen. In Österreich ist die rechtsradikal durchwirkte FPÖ mit an der Macht. Im deutschen Bundestag hat es den Anschein, als sei die populistische AfD inzwischen die einflussreichste Kraft der Opposition. Bei der Wahl in Italien erreichten zwei links- und rechtspopulistische Parteien zusammen mehr als 50 Prozent der Stimmen. Das alles schärft den Blick für die damit verbundenen Gefahren und zwingt uns zur verstärkten Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen – dies umso mehr, als in den Medien oft eklatante Begriffsverwirrung herrscht.

Geschichtspolitik als reine Heldenverehrung

Gerade die Geschichtspolitik ist ein wichtiges Betätigungsfeld für Nationalisten und Populisten. So verabschiedete das polnische Parlament am 26. Januar ein Gesetz, das eine scheinbar unspektakuläre Änderung des Statuts des „Instituts des Nationalen Gedenkens“ (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) vorsieht. Das Institut, in dem u. a. die Akten früherer kommunistischer Geheimdienste gelagert werden, war bisher vor allem mit der Aufarbeitung kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen betraut. Nun wird es, laut Gesetz, auch mit der Aufgabe betraut, „den guten Namen der polnischen Republik und des polnischen Volkes“ zu wahren. Wer künftig den Begriff „polnische Lager“ gebraucht und die polnische Nation für Nazi-Verbrechen mit verantwortlich macht, kann mit einer Geldbuße oder einer Haftstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Nun ist es blanker Unsinn, wenn wiederholt gerade in westlichen Medien NS-Konzentrations- und Vernichtungslager auf polnischem Boden als „polnische Lager“ tituliert wurden und werden. Die polnische Empörung über diese falsche Begriffsbezeichnung ist also berechtigt. Andererseits öffnet das Gesetz aber auch Tür und Tor dafür, künftig jeden öffentlichen Verweis auf polnische Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs unter Strafe zu stellen. Etwa

Verbrechen an Juden – wie etwa das Pogrom im ostpolnischen Jedwabne am 10. Juli 1941 oder das Verraten versteckter Juden an die Nazis. Wir wissen alle, dass Polen das Land war, das am meisten unter der deutschen Besatzung gelitten hat. Aber es gab eben auch polnische Verbrechen. Nationalistische Geschichtsschreibung lässt nur Heldentum des eigenen Volkes zu, nicht aber eine selbstkritische Reflektion über eigene Verfehlungen.

Das Gesetz erregte internationales Aufsehen und scharfe Kritik besonders in Israel, wo man erneut vom virulenten polnischen Antisemitismus sprach, was verständlich ist, aber den Kern der Sache nicht genau trifft. Denn das Gesetz ist nicht Ausdruck von Antisemitismus, den ja sogar Jarosław Kaczyński öffentlich verurteilt, sondern ein Element nationalistischer Geschichtspolitik, was nicht bedeutet, dass es nicht in bestimmten Schichten der polnischen Gesellschaft eine gewisse Anfälligkeit für Antisemitismus gibt – angefeuert durch Bemerkungen wie die des Beraters von Präsident Andrzej Duda, Andrzej Żybertowicz, der im polnischen Fernsehen sagte: „Das Problem liegt darin, dass der Holocaust zum Fundament der modernen jüdischen Identität geworden ist. Es scheint so, als habe das israelische Bewusstsein das Trauma nicht verarbeitet, das in der Kollaboration eines bestimmten Teils der jüdischen Milieus mit den Deutschen zur Zeit dieses Verbrechens liegt.“ – ein ungeheurerlicher Vorwurf. Zu Recht wies der ehemalige Botschafter Israels in Polen, Raw-Ner, darauf hin, dass es lediglich Kollaboration einzelner Juden gegeben habe.

Ein Blick auf viele Äußerungen in den „sozialen“ Medien in Polen zeigt, dass das Gesetz die Schleusen für neuen/alten Antisemitismus geöffnet hat. Ältere polnische Juden fühlen sich an die antisemitische Kampagne in den Jahren 1967/68 erinnert. Immerhin hat Staatspräsident Andrzej Duda die damals aus Polen vertriebenen Juden um Vergebung gebeten. Aber auch Duda vertritt die historisch falsche Auffassung, der damalige Antisemitismus sei nur eine Sache von Moskau gesteuerter Kommunisten gewesen. Tatsächlich zeigte sich Antisemitismus auch bei moskawkritischen Funktionären wie etwa dem damaligen Innenminister Moczar und auch in Teilen der polnischen Gesellschaft.

Internationale Kritik erntete der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, als er Blumen an einem Grab von Angehörigen der *Brygada Świętokrzyska* nahe München niederlegte. Diese Brigade war Teil des bewaffneten antikommunistischen Widerstandes in Polen in und nach dem Zweiten Weltkrieg und zeichnete sich nicht zuletzt durch ihren Antisemitismus und ihre partielle Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht aus. Den Weg ins nahegelegene Dachau fand Morawiecki nicht.

Ein zweites Beispiel für die Geschichtspolitik der in Polen regierenden Nationalkonservativen der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ist ihr Umgang mit dem am 23. März 2017 eröffneten „Museum des Zweiten Weltkriegs“ in Danzig. Nach dem Willen der Gründer und ursprünglichen Gestalter des Museums, insbesondere des renommierten polnischen Historikers Paweł Machcewicz, sollte es in seiner Struktur und pädagogischen Gestaltung der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis folgen,

dass jedes Volk in Europa zu Recht ein anderes Narrativ bezüglich des Zweiten Weltkriegs hat. Das bedeutete für die ursprünglichen Macher, Unterdrückung und Widerstand auch in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern darzustellen und zu erläutern – wobei der Schwerpunkt des Museums natürlich auf Polen liegen sollte.

Inzwischen ist die vom nationalkonservativen Kulturminister Piotr Gliński eingesetzte neue Führung des Museums intensiv damit beschäftigt, vergleichende Elemente des Museums abzubauen und durch Elemente, die einseitig das Schicksal der Polen während des Zweiten Weltkriegs in den Blick nehmen, zu ersetzen. Künftigen Besuchern des Museums wird es also verwehrt bleiben, gerade aus dem Vergleich des damaligen Geschehens zu lernen. Nationalistische Geschichtspolitik ist das genaue Gegenteil von moderner Museumspädagogik.

Hilfe für Flüchtlinge als staatsfeindlicher Akt

Ein Blick nach Ungarn zeigt, dass Panikmache, Fremdenfeindlichkeit und eben auch Antisemitismus zum Repertoire nationalistischer und populistischer Politiker gehören. So warnte Ministerpräsident Viktor Orbán am 18. Februar in einer öffentlichen „Rede zur Lage der Nation“: „Dunkle Wolken liegen wegen der Einwanderung über Europa. Nationen werden aufhören zu existieren, der Westen wird fallen, während Europa nicht einmal bemerken wird, dass es überrannt wurde. Führende Politiker haben mit ihrem liberalen Migrationskurs den Weg für den Niedergang des Christentums und die Ausbreitung des Islams bereitet. Das Christentum ist Europas letzte Hoffnung.“

Mit welchen Tricks Orbáns Regierung arbeitet, zeigte der natürlich gefilmte Auftritt seines Kabinettschefs Janósz Lazár im Wiener Bezirk Favoriten, mit dem er unter Fälschung der Fakten demonstrieren wollte, wie sehr ein Stadtteil unter dem Zuzug von Flüchtlingen leidet.

In Ungarn gilt Hilfe für Flüchtlinge inzwischen als staatsfeindlicher Akt. Exponenten der Regierungspartei *Fidesz* bezeichnen NGOs wie das ungarische Helsinki-Komitee als Gefahr für die nationale Sicherheit. Schon im Sommer 2017 verabschiedete das Parlament in Budapest ein Gesetz, wonach sich NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, gerichtlich registrieren lassen müssen – ein Gesetz nach russischem Vorbild.

Vor einigen Monaten nun hat die *Fidesz*-Regierung ein Gesetzespaket im Parlament eingebracht, das die Rechtslage weiter verschärfen wird und gezielt gegen jene NGOs gerichtet ist, die sich für Migranten einsetzen. Solche Organisationen müssen künftig beim Innenministerium eine Lizenz beantragen, die sie aber nur erhalten, wenn sie aus der Sicht des Ministeriums keine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Überprüfungen durch die Geheimdienste sind möglich. NGOs ohne Lizenzen drohen Geldstrafen oder sogar Auflösung per Gerichtsbeschluss. Des Weiteren sollen alle Spenden, die von ausländischen Gebern geleistet werden, mit einer Strafsteuer belegt werden,

wobei die Erträge in den Grenzschutz fließen. Unabhängige ungarische Juristen halten das Gesetzespaket für verfassungswidrig.

Im Vorfeld der Parlamentswahl am 8. April strebt auch die von der Regierung gesteuerte Kampagne gegen den Finanzinvestor George Soros einem Höhepunkt zu. Der 87-jährige Milliardär ungarisch-jüdischer Abstammung finanziert seit Jahren über seine *Open Society Foundations* Einrichtungen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, darunter die renommierte Central European University in Budapest, die wegen ihrer unabhängigen wissenschaftlichen Tätigkeit Orbán schon lange ein Dorn im Auge ist. Durch allerlei rechtliche, politische und finanzielle Manöver versucht die Regierung, die Universität in ihrer Unabhängigkeit einzuschränken.

Wenn Orbán die Kampagne gegen Soros nach der unerwarteten Schlappe seines *Fidesz* bei einer Bürgermeisterwahl in der ungarischen Provinz vorerst stoppen ließ, dann erfolgte das aus rein wahltaktischen Gründen, nicht weil er und seine Parteifreunde ihre Denkweise geändert hätten. Bei der Wahl erhielt ein unabhängiger Kandidat 57 Prozent der Stimmen, nachdem ihn die gesamte Opposition von der Linken bis zur rechtsextremen Partei *Jobbik* unterstützt hatte.

In der Kampagne gegen Soros steigern sich *Fidesz*-Funktionäre zu Bemerkungen über das, wie sie es nennen, internationale jüdische Finanzkapital, das Ungarn schaden wolle. Solche Bemerkungen treffen auf offene Ohren bei Teilen der ungarischen Gesellschaft, die immer noch anfällig für Antisemitismus sind und für die die 440.000 in Auschwitz ermordeten ungarischen Juden, allesamt ungarische Staatsbürger, bis heute „Andere“ oder „Fremde“ sind. Orbán selbst ist kein Antisemit, aber er lässt diese Funktionäre gewähren. In den Reihen des *Fidesz* gibt es sogar Rassisten. Zu ihnen zählt der Publizist Zsolt Bayer, der wiederholt öffentlich sagte, Roma seien für ihn wie Tiere.

Im Wahlkampf bemüht sich *Fidesz*, möglichst viele Wähler von der rechtsradikalen Partei *Jobbik* herüber zu ziehen, deren Anhänger in der Vergangenheit vor allem dadurch auffielen, dass sie Jagd auf Roma machten, Hetze gegen Juden betrieben und EU-Fahnen verbrannten. *Jobbik*-Chef Gábor Vona bemüht sich inzwischen, die schlimmsten Extreme in seiner Partei etwas zurückzudrängen, wenngleich das alte Gedankengut weiter lebendig ist.

Intellektuelle, die nur in Cafés herumsitzen

Geht es um die Zerstörung politischer Kultur und um populistische Stimmungsmache gegen Intellektuelle, gegen Eliten überhaupt, dann lohnt ein Blick in die Tschechische Republik. Hier sind es zwei politische Phänomene, die aufhorchen lassen. Das ist zum einen das grobe propagandistische Auftreten von Staatspräsident Miloš Zeman, zum anderen der Aufstieg der populistischen Partei „ANO“ (Akce nespokojených občanů – Aktion unzufriedener Bürger) des Milliardärs Andrej Babiš.

Die Strategie Zemans, der in einer Stichwahl am 26./27. Januar dieses Jahres, wenn auch knapp, für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt wurde, basiert auf zwei Elementen. Zum einen ist er bestrebt, seine Position als Staatspräsident auf Kosten der anderen Staatsgewalten auszubauen, zum anderen macht er sich immer wieder zum Sprecher einer von ihm definierten „Mehrheit des Volkes“. Ständig ist Zeman bemüht, eine Spaltung zwischen dem „Volk“ und den „Anderen“ zu konstruieren. Dabei benutzt er nicht Begriffe wie liberal und konservativ oder links und rechts bzw. national und international, sondern er legt es darauf an, seine Gegner durch Spott, Beleidigungen und Herabsetzungen zu delegitimieren und auszugrenzen. Da kann es vorkommen, dass er Demonstranten, die ihn kritisieren, als „brüllende faschistische Horde“ herabwürdigt. Gängig ist auch seine Formel „Prager Café“, mit der er alle diejenigen abwertet, „die im Gegensatz zum hart arbeitenden Volk nichts tuend in Cafés sitzen“. Sein Antiintellektualismus ist ein wesentliches Charakteristikum seines Auftretens.

Zemans Tiraden haben starken Einfluss auf die politische (Un-)Kultur des Landes, der er quasi „Spielregeln“ für die öffentliche Auseinandersetzung vorgibt. Er demonstriert den Menschen, dass Demagogie, Lügen, schlechtes Benehmen und Missachtung der Gewaltenteilung alltäglicher Bestandteil der Politik sein können und müssen.

Geradezu sprichwörtlich ist Zemans Fremdenfeindlichkeit. So trat er vor 2.000 Anhängern der Gruppe *Block gegen den Islam* auf und musste sich deshalb einen Tag später vom damaligen Minister für Menschenrechte und Gleichstellung sagen lassen, dass er dazu beitrage, einen Nährboden für die Ausbreitung faschistischen Gedankenguts in der tschechischen Gesellschaft zu schaffen.

Andrej Babiš und seine Partei ANO kann man mit dem Begriff „Partei Gründung als Businessplan“ umschreiben. Der Besitzer zahlreicher Unternehmen war ab Januar 2014 Vizepremier und Finanzminister, musste dann aber wegen des Verdachts auf Steuerbetrug im Mai 2017 zurücktreten. Trotzdem gewann seine Partei bei der Parlamentswahl im Oktober 2017 knapp 30 Prozent der Stimmen und wurde damit mit Abstand stärkste politische Kraft des Landes. Gleich darauf wurde Babiš von Staatspräsident Zeman zum Ministerpräsidenten berufen. Da aber kaum eine Partei bereit war, mit der ANO eine Koalition einzugehen, stellte Babiš im Januar 2018 im Parlament die Vertrauensfrage, die er verlor. Darauf reichte er seinen Rücktritt ein, den Zeman zwar annahm, um Babiš wieder mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen. Vor einigen Wochen deuteten dann die Sozialdemokraten an, sie wollten mit dem Ministerpräsidenten wegen einer Regierungsbildung verhandeln.

Der Milliardär und Multiunternehmer Babiš versteht Politik und Regieren als Geschäft zum eigenen Nutzen und geht andererseits auf Stimmenfang, indem er das Parlament als „große Quatschbude“ abkanzelt und Roma als „arbeitscheues Gesindel“ verächtlich macht. Politische Opposition ist ihm lästig, da sie ihn nach eigener Auskunft „vom Arbeiten abhält“. Seine Partei führt er im Prinzip allein. Seine Medienunternehmen setzt er gezielt für Parteiwerbung ein.

„Burschenschaften haben nichts mit der FPÖ zu tun“

Das Beispiel Österreich zeigt, das mit der FPÖ eine Partei Koalitionspartner werden kann, deren Mitgliedschaft in Teilen durch rassistisches bzw. antisemitisches Gedankengut infiziert ist – besonders jene, die Mitglieder von Burschenschaften sind oder diesen früher angehört haben. Stimmt möglicherweise der Eindruck, dass Österreich ein Land ist, das sich bis heute schwertut, mit dem „Anschluss“ von 1938 verantwortungsbewusst umzugehen?! Ich habe mir die Reden von Bundespräsident van der Bellen, Kanzler Kurz und André Heller sowie ein Interview mit dem renommierten Historiker Gerhard Botz genau angeschaut und hoffe, dass sie Wirkung zeigen. Van der Bellen sagte u. a.: „Die deutsche Wehrmacht kam über Nacht. Nicht über Nacht kamen jedoch Verachtung für die Demokratie, Militarismus, Intoleranz und Gewalt. Auch 80 Jahre danach ist noch die ganze Aufmerksamkeit gefordert, um die Genese dieser Katastrophe zu begreifen.“¹

So reißt die Kette der Skandale nicht ab. Im Zusammenhang mit den deutschtümelnden Burschenschaften werden immer wieder rassistische, antisemitische und das NS-Regime verherrlichende Anspielungen publik. Zuletzt im Februar veröffentlichten österreichische Zeitungen Auszüge aus einem Liederbuch der Burschenschaft *Bruna Sudetia*, in dem sich Sätze finden wie: „Zwei Juden badeten einst in einem Fluss, weil jeder Mensch einmal baden muss. Der eine, der ist ertrunken, vom anderen wollen wir es hoffen.“ Der Vorsitzende dieser Burschenschaft, Herwig Götschober, arbeitet im Wiener Verkehrsministerium, das von dem FPÖ-Politiker Norbert Hofer geführt wird. Natürlich bestreitet Götschober, das Liederbuch zu kennen. Einen Monat zuvor hatte ein Liederbuch mit Nazi-Texten zum Rücktritt des niederösterreichischen FPÖ-Politikers Udo Landbauer geführt. Die *Süddeutsche Zeitung* wählte zu Recht das Attribut „ekelhafter Antisemitismus“.

In solchen Fällen argumentiert der FPÖ-Vorsitzende und Vizekanzler im Kabinett des ÖVP-Kanzlers Sebastian Kurz, Heinz-Christian Strache, in der Regel, man orientiere sich an den freiheitlichen Idealen der Burschenschaften in der Revolution von 1848, was schlichtweg eine Verharmlosung ist. Mitunter versteigt er sich zu der Aussage, die Burschenschaften hätten nichts mit der FPÖ zu tun, was einfach falsch ist.

Nun soll sich eine Historikerkommission mit dem braunen Flecken im Gesamtbild der FPÖ beschäftigen. Das erscheint im ersten Anschein als Fortschritt, ist allerdings mit zwei eklatanten Schwächen behaftet. Zum einen wird kein unabhängiger Wissenschaftler, sondern der ehemalige FPÖ-Politiker Wilhelm Brauneder mit der Leitung der Kommission beauftragt. Und zum anderen hat Strache bereits angekündigt, dass sich die Kommission ausdrücklich nicht mit den Burschenschaften beschäftigen werde.

¹ <http://www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/rede-von-bundespraesident-alexander-van-der-bellen-anlaesslich-des-gedenkens-an-den-12-maerz-1938/>

Tatsache ist, dass die FPÖ ein grundlegendes Problem hat: Mit dem braunen Schatten an der Wand und im Wirbel ihrer Skandale erweist sie sich mehr und mehr als regierungsunfähig.

Grenzüberschreitungen der AfD

In Deutschland wiederum arbeiten Funktionäre der AfD (Alternative für Deutschland) mit großem Eifer daran, die Kultur der politischen Auseinandersetzung – besser: die Unkultur – auf ein unerträglich niedriges Niveau herabzuziehen. Man lese nur Zitate aus der Rede, die der AfD-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, bei einem Aschermittwochtreffen seiner Partei gehalten hat. Mit Blick auf die in Deutschland lebenden Türken wettete er: „Diese Kümmeltürken haben selbst einen Völkermord mit 1,5 Millionen Armeniern am Arsch, und die wollen uns was von Geschichte erzählen?“ Und weiter: „Diese Kameltreiber sollen sich dorthin zurückscheren, wo sie herkommen, hinter den Bosphorus, zu ihren Lehmhütten, Ziegen und vielen Weibern.“ Solche Kraftausdrücke haben selbst CSU-Redner, die am Aschermittwoch nicht gerade zimperlich sind, nicht in den Mund genommen. AfD-Funktionäre wie Poggenburg überschreiten die Grenze von der Fremdenfeindlichkeit zum Rassismus und zum völkischen Denken.

Wenn Poggenburg vorläufig seine Ämter als Fraktionsvorsitzender sowie als Parteivorsitzender in Sachsen-Anhalt entbunden wurde, dann bedeutet das keine Ablösung seiner Denkweise. Auch sein Nachfolger zählt zum rechtsradikalen Flügel der Partei. Poggenburgs Äußerungen waren nur Anlass zum Austragen innerparteilicher Querelen.

Die Radikalisierung der AfD gerade in den östlichen Bundesländern schreitet also voran. Äußerungen wie die von Poggenburg zielen auf Wählerschichten, die früher für die Neonazis der NPD gestimmt haben, und natürlich auf die Anhänger der Pegida-Bewegung, deren Führer wie Lutz Bachmann zunehmend die Kooperation mit der AfD suchen. In den westlichen Bundesländern bemühen sich Anhänger der AfD verstärkt um Sitze in den Betriebsräten großer Unternehmen wie etwa Daimler. Nach Erkenntnissen von Soziologen haben bei der Bundestagswahl 2017 15 Prozent der Mitglieder deutscher Gewerkschaften die AfD gewählt. AfD-Vertreter treten öffentlich mit der Bemerkung auf, die Gewerkschaften sind „vom System gekauft und verraten die Interessen der Arbeitnehmer“.

Bleibt die Frage, wie einflussreich diese Radikalen in der AfD sind, deren Spektrum von den klassischen Konservativen, die zum Teil vorher in der CDU waren, bis eben zu jenen Funktionären und Mitgliedern reicht, die vor rassistischen Äußerungen nicht zurückschrecken. Experten wie der Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Justus Bender vertreten die Ansicht, dass Radikale und Gemäßigte jeweils etwa 40 Prozent der Mitgliedschaft ausmachten und 20 Prozent Unentschlossene seien.

Inzwischen ist die AfD damit beschäftigt, eine parteinahe Stiftung und um diese herum einen großen Propagandaapparat aufzubauen. Entsprechende Expertise

holte sich die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel in einem Gespräch mit Steve Bannon.

Italien – Populisten von links und von rechts

In Italien nutzt die rechtsradikale *Lega*, früher *Lega Nord*, die großen Schwierigkeiten des Landes mit dem Ansturm der Flüchtlinge, um Ressentiments zu schüren. Im Vorfeld der Parlamentswahl am 4. März rückte die Immigrationspolitik ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung, nachdem sich die öffentliche Debatte vorher vor allem um die Steuerpolitik gedreht hatte. Nach den Schüssen eines Rechtsradikalen auf afrikanische Einwanderer in der Stadt Macerata stellten sich viele Italiener die Frage, ob dieser Vorfall womöglich mehr bedeutet als nur die Einzeltat eines vielleicht psychisch kranken, sicher aber rassistischen jungen Mannes.

Das Problem, schrieb die Zeitung *La Repubblica*, bestehe darin, dass das gehässige Klima im Land bereits ein gefährliches Ausmaß angenommen habe. Diese trübe Stimmung werde vor allem von den Rechtsradikalen bewirtschaftet, den „Impresarios der Angst“, wie die Zeitung sie nannte. Möglicherweise könnten die Radikalen im Rahmen eines rechten Wahlbündnisses, das vor allem von Silvio Berlusconi orchestriert wird, nach der Parlamentswahl mit an die Macht kommen.

Weitere Beispiele in Europa

Die Liste der Länder, in denen wir es mit nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Phänomenen zu tun haben, ließe sich verlängern. Denken wir an Marine Le Pen und ihren Front National, der seine „Erneuerung“ ausgerechnet mit der Annahme des Namens *Rassemblement National* betreibt, den in Frankreich schon einmal eine rechtsextreme Organisation trug, die sich am damaligen italienischen Faschismus orientierte und unter dem Vichy-Regime für bedingungslose Kollaboration mit den deutschen Besatzern eintrat. Beim jüngsten Kongress dieser Partei trat auch Steve Bannon auf und rief den Delegierten zu: „Wenn man euch Rassisten nennt, dann tragt das wie ein Ehrenabzeichen.“

In den Niederlanden haben Parteigründer Thierry Baudet und sein rechtes *Forum für Demokratie* den nicht minder belasteten Geert Wilders und seine *Partei für die Freiheit* nicht nur in den Umfragen, sondern vor allem hinsichtlich medialer Aufmerksamkeit deutlich überholt. Baudet warnt vor der „homöopathischen Verdünnung des niederländischen Volkes durch Zuwanderer“.

Der ehemalige slowakische Ministerpräsident Robert Fico nannte Reporter, die auf Ungereimtheiten bei der Vergabe staatlicher Aufträge hinwiesen – man muss das zitieren – „dreckige, antislowakische Prostituierte“. Das sagte jemand, der es zuließ, dass Kriminelle der kalabrischen Mafia Kontakte bis in sein Vorzimmer knüpften. Immerhin geriet Ficos Regierung nach dem Mord an dem

Journalisten Ján Kuciak und dessen Verlobter ins Straucheln. Zunächst der Innenminister, dann Fico selbst, traten zurück. Staatspräsident Andrej Kiska hielt eine Rede an die Nation, in der er betonte, dass das Misstrauen der Menschen gegenüber dem Staat riesig geworden sei.

Zur Definition der Begriffe

Wenn hier von *Nationalismus* die Rede ist, geht es nicht einfach um Heimatliebe und das Bemühen insbesondere kleinerer Völker und Nationen, kulturelle Traditionen zu bewahren, sich ein lebendiges Geschichtsbewusstsein zu erhalten oder um die intensive Pflege der eigenen Sprache, wie das etwa in den baltischen Staaten und in Slowenien zu beobachten ist. Vielmehr sind mit Nationalismus bestimmte Ideologien gemeint, deren Protagonisten auf andere Völker herabsehen sowie Menschen anderer Nationen und Kulturen verachten. Sie sehen ihre Nation, ihre Sprache und Kultur nicht nur als etwas Besonderes, sondern als etwas, das anderen überlegen ist.

Das führt zu einem Bedürfnis nach starker Homogenität der Gesellschaft und damit zu einer scharfen Ausgrenzung all derer, die nicht in dieses Bild passen, seien es nationale Minderheiten mit ihrer eigenen kulturellen Identität oder Andersdenke oder Andershandelnde überhaupt. Außerdem sehen Nationalisten ihre Nation ständig „in Not“, „entmündigt“ durch die Flut der Flüchtlinge, durch „Brüssel“ oder durch die Auflösung der Familie in ihren überlieferten Formen. Nationalismus korrespondiert mit einem übersteigerten Sendungsbewusstsein, möglichst die ganze Welt nach eigenen Vorstellungen gestalten zu wollen. In extremer Form kann aggressiver Nationalismus sogar zu einer direkten politischen und militärischen Gefahr für andere Staaten und Völker werden.

Wenn von nationalistischen Bewegungen in Europa die Rede ist, dann fällt häufig auch der Begriff *Populismus*. Nationalismus und Populismus können sich überschneiden, müssen es aber nicht. Es gibt Nationalismus ohne Populismus, und es gibt auch einen linken Populismus. Populisten brauchen keine ausformulierte, geschlossene Ideologie, keine „essentials“ oder eine kohärente Doktrin, sondern ihre Programmatik ist variabel und eher als Strategie zur Machtergreifung zu verstehen.

Populisten zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich auf einen von ihnen definierten Common Sense, einen Volkswillen, berufen, Eliten und Institutionen gegenüber feindlich eingestellt sind, Antiintellektualismus demonstrieren sowie Politik stark moralisieren und personalisieren. Dabei thematisieren sie vor allem die „Bevormundung“ des Volkes durch Funktionärseliten, die sie a priori als korrupt, doppelzünftig, arrogant, eigennützig und abgehoben definieren. Wesentliche Merkmale des Populismus sind auch die intensive Nutzung von Symbolen und die Instrumentalisierung von Geschichte.

Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller schreibt treffend: „Sie (die Populisten) sind ... immer antipluralistisch. Und (ihr) Alleinvertretungsanspruch ... ist stets moralischer Natur. Für den Populisten gibt es keinen legitimen Mitbewerber um die Macht. Und die Bürger, die sie nicht unterstützen, gehören

automatisch nicht zum wahren Volk ... Populisten müssen immer eine moralische Trennlinie ziehen zwischen dem wahren Volk und denjenigen, die gar nicht dazu gehören oder das Vertrauen des Volkes missbrauchen.“

Bei Rechtsradikalen, Nationalisten und Rechtspopulisten gerade in Deutschland lässt sich beobachten, dass sie zunehmend auch die Frauenfrage thematisieren, genauer: die Gewalt gegen Frauen. Dabei tun sie so, als würde Verachtung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ausschließlich durch „fremde“ Männer, durch Flüchtlinge, durch den „arabischen Mann“ importiert. Tatsache ist jedoch, dass es sexualisierte Gewalt und Übergriffe vor allem gegen Frauen, aber auch gegen Kinder und punktuell Männer, etwa in Deutschland schon immer gab: in der Familie, am Arbeitsplatz, anderswo. Solche Taten sind nicht nur einem bestimmten Täterprofil zuzuschreiben. Natürlich können in den jetzigen Zeiten spezifische Umstände eine Rolle spielen, etwa die Situation in Flüchtlingslagern.

Das kommunistische Erbe der polnischen Rechten

Wir haben gesehen, dass das Auftreten von Nationalisten und Populisten, von Rechtsradikalen und Rassisten politische und gesellschaftliche Konsequenzen unterschiedlichen Ausmaßes haben. So ist in Polen und Ungarn seit dem Machtantritt der Parteien *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński und *Fidesz* von Viktor Orbán der Aufbau eines starken Staates mit autoritären Zügen weit gediehen.

Die verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Auffassungen dieser Parteien spiegeln sich insbesondere in ihrem Umgang mit der Verfassung, dem Rechtsstaat und wichtigen Institutionen wider. Mit Erfolg arbeiten sie daran, Autonomie und Befugnisse von Verfassungsgericht, Justiz, Zentralbank und öffentlich-rechtlichen Medien zugunsten ihrer Parteien und der Exekutive einzuschränken. Unter ihrer Regie verkommt das Parlament zur Abstimmungsmaschine. Rechte wie das der Versammlungsfreiheit werden eingeschränkt. Geschichtspolitik, Kultur und Bildung werden den nationalistisch-schematischen Grundsätzen dieser Parteien untergeordnet.

In Österreich sind derlei Umgestaltungen allerdings bislang kaum denkbar, jedoch sitzt hier die rechtsradikal durchwirkte FPÖ mit in der Regierung und bemüht sich, Einfluss auf Kabinettsentscheidungen zu nehmen – etwa in der Flüchtlingspolitik. Die Kräfteverhältnisse im Parteienspektrum haben sich verschoben. FPÖ-Funktionäre, insbesondere jene, die aus den Burschenschaften kommen, sorgen nach Kräften dafür, dass das Niveau der politischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit absinkt.

Daran arbeitet auch die deutsche AfD – sowohl im Parlament als auch bei öffentlichen Auftritten. Eine Regierungsbeteiligung der AfD ist bislang kaum denkbar. Aber ihr Auftreten hat zumindest das Kräfteverhältnis in der deutschen Parteienlandschaft verschoben. Die CDU ist als einzige (Noch-)Volkspartei verblieben, während die SPD fast auf das Niveau der AfD abgesunken ist.

In Polen mehren sich seit dem Machtabtritt der Nationalkonservativen im Jahr 2015 die Kommentare von Historikern, Juristen, Publizisten und Kulturschaffenden, in denen strukturelle, rechtliche, politische und kulturelle Verbindungslinien zwischen den Verhältnissen in der Volksrepublik vor 1989 und der Machtausübung durch die Partei Kaczyńskis gezogen werden. Diese Partei, so heißt es, die sich doch so antikommunistisch gebe und die damalige Volksrepublik als „nicht polnisch“ verurteile, baue Schritt für Schritt ein System auf, das fatal an die sozialistischen Zeiten erinnere. Tatsächlich gleicht die drastische Art und Weise, in der diese Partei auf staatliche und öffentliche Institutionen zugreift, jener „führenden Rolle“ der kommunistischen PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) der damaligen Volksrepublik. Mit dem Gesetz über die Struktur der allgemeinen Gerichtsbarkeit, das die Nationalkonservativen auf den Weg gebracht haben und das ihrem Justizminister umfassende Vollmachten bei der Absetzung und Berufung von Gerichtspräsidenten einräumt, haben sie die Voraussetzungen dafür geschaffen, eine Kaste „disponibler Richter“ zu formieren, wie sie für die Volksrepublik typisch war. Unter dem Druck der PiS nähert man sich zielstrebig dem Modell des „sozialistischen Parlamentarismus“ an. Die abendliche Hauptnachrichtensendung im ersten polnischen Fernsehprogramm hat sich zu einer völlig undifferenzierten und unkritischen Verlautbarungsinstanz der Regierung entwickelt. Vermittelte die PVAP in früheren Zeiten ein Schwarz-Weiß-Geschichtsbild mit bestimmten martyrologischen Nuancen, so tut dies auch die Partei Kaczyńskis – nur eben mit anderen Martyriologien. Die von PiS-Funktionären gesteuerte Ämtervergabe an Parteigenossen ähnelt mehr und mehr dem System der Nomenklatura in der Volksrepublik.

Bedürfnis nach obrigkeitstaatlichen Verhältnissen

Nun stellt sich die Frage, warum Politiker wie Kaczyński und Orbán an die Macht kommen, weshalb viele Menschen dort das Bedürfnis nach starken Führern und obrigkeitstaatlichen Verhältnissen haben, die vermeintlich soziale Geborgenheit bieten, woher die Angst in weiten Teilen der Gesellschaften in Ostmittel- und Südosteuropa kommen. Die Hintergründe liegen zum Teil mehr als Vierteljahrhundert zurück.

So betonen Orbán, Kaczyński und andere, gerade die ökonomische Transformation Ende der 1980er Jahre habe Fehlentwicklungen nach sich gezogen, deren Korrektur bis heute nicht abgeschlossen sei. Tatsächlich entsprachen die ökonomisch notwendigen, zum Teil aber sehr harten marktwirtschaftlichen Reformen nicht den Hoffnungen und Wünschen vieler Menschen, die eher von einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus träumten.

Ein weiteres Feld, das Nationalisten und Nationalkonservative im Osten immer wieder beackern, ist die in den frühen neunziger Jahren erfolgte Privatisierung staatlicher Unternehmen. Und sie haben Erfolg damit, weil die damalige Eigentumsübertragung nicht selten ein undurchsichtiges Geschäft war. Direktoren sozialistischer Staatsunternehmen verwandelten sich in private Eigentümer „ihrer“ Firmen.

Die Suche nach den Hintergründen für den Aufstieg der Rechten in Ostmittel- und Südosteuropa führt auch zu der Tatsache, dass die dortigen Verantwortlichen in Politik, Pädagogik, Kultur und Medien in den letzten 25 Jahren wenig dafür getan haben, den Sinn der Menschen für die Rolle und die Aufgaben des Staates, für die Dreiteilung der Staatsgewalt und für den Rechtsstaat zu fördern.

Bleiben die sozialen Defizite in diesen Ländern. Bis heute fühlen sich viele Menschen als Verlierer der neuen marktwirtschaftlichen Zeiten: Rentner, Arbeitslose, Niedrigverdiener, kinderreiche Familien, gut ausgebildete junge Leute ohne attraktiven Job.

In Ländern wie Polen und Ungarn herrscht beträchtliche Verbitterung über den Neoliberalismus. Angesichts diverser Krisen, die auch Westeuropa durchschütteln, haben die liberalen und weltoffenen westlichen Gesellschaften an Strahlkraft verloren. Gerade in ländlichen Regionen hat sich Hass auf die arroganten politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Städten aufgestaut.

Die Flüchtlingskrise hat Ängste vor einer kulturellen Überfremdung geweckt. Traditionell denkende Katholiken empfinden das Auftauchen von Muslimen geradezu als existenzielle Bedrohung, als Störfaktor für die Sicherheit des eigenen Lebens.

Was eint, was trennt die Rechten in Ost und West?

Auffallend ist, dass sich rechte Parteien in Ost und West unisono auf die Bewahrung nationaler Interessen konzentrieren, und zwar Interessen, die von ihnen definiert werden. Im Zentrum ihrer Programmatik stehen nationale Eigenständigkeit in der Politik, der Schutz der einheimischen Wirtschaft vor zu großem Einfluss ausländischer Investoren und Finanzkonglomeraten sowie die Bewahrung ebenfalls von ihnen definierter nationaler Traditionen und Werte. Wenn vom Schutz der traditionellen Familie als „Kernzelle der Gesellschaft“ die Rede ist, dann klingt das bei der FPÖ und der Dänischen Volkspartei so wie in der vom *Fidesz* durchgesetzten ungarischen Verfassung und in den Reden von Jarosław Kaczyński.

Der Bewahrung des Nationalen entspricht die Abwehr als „Fremden“. So will die FPÖ ein Land ohne Ausländer, dafür aber mit Einheimischen, die ihr traditionelles Familienmodell bewahren. Die AfD lebt fast ausschließlich von Anti-Stimmungen: von einer Stimmung gegen Flüchtlinge, von einer Anti-Islam-Stimmung, von einer Stimmung, sich pauschal und permanent über Bevormundung und Fremdbestimmung zu beklagen, von einer Gereiztheit in bestimmten Schichten der Gesellschaft und von pauschalen Ängsten.

Alle hier angesprochenen Parteien und Strömungen haben wiederholt deutlich gemacht, dass sie der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen Gestalt feindlich oder zumindest sehr kritisch gegenüber eingestellt sind. Allerdings sind die Konsequenzen, die sie daraus ableiten, sehr unterschiedlich. Eine Gruppe fordert die Auflösung der Union, eine zweite plädiert dafür, dass ihre Länder in

der Gemeinschaft bleiben, Gestalt und Kompetenzen der EU aber stark verändert werden. Unterschiedlich sind ebenso die Haltungen zum Euro.

Betrachtet man die wirtschaftspolitischen Konzeptionen, dann zeichnen sich Parteien wie die von Viktor Orbán, Jarosław Kaczyński und Robert Fico sowie der Front National dadurch aus, dass sie politisch sehr konservativ sind, wirtschaftspolitisch aber staatsinterventionistisch bzw. links auftreten. Die AfD dagegen denkt eher wirtschaftsliberal.

Auch an Putins Russland scheiden sich die Geister. Während Viktor Orbán, Miloš Zeman, der Front National und die FPÖ gute Beziehungen zum Kreml pflegen oder von dort sogar Parteifinanzierung oder Investitionshilfen erhalten, kommt dies für Jarosław Kaczyński nicht infrage.

Fazit

Im Jahr 2004 traten Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland, Slowenien, Malta und Zypern der EU bei, 2007 folgten Rumänien und Bulgarien, 2013 Kroatien. Aus westeuropäischer Sicht erfolgte die Erweiterung aus geopolitischen und ökonomischen Überlegungen, insbesondere zur Stabilisierung Europas als Friedenszone; für die neuen Mitglieder ging es auch und gerade um das endgültige Ende des Jalta-Systems und einen Schutz vor den historischen bedingten und politischen Gefahren des Balkan. Die neuen Mitglieder haben eine beachtliche ökonomische Aufholjagd vorzuweisen.

Nun gibt es Anzeichen für neue Gräben vor allem zwischen Ost- und West. Die Konfliktfelder sind vor allem unterschiedliche Auffassungen von Staat und Recht, um multikulturelle oder homogene Modelle von Volk und Nation, um unterschiedliche Auffassungen von Moral und Lebensformen, um den Zugang zur Geschichte. Politische Sprengkraft haben insbesondere der Streit über die Flüchtlings- und Asylpolitik sowie der Streit um die Rechtsstaatlichkeit.

Im Zentrum des Konflikts stehen die ideologisch bedingten Veränderungen in der polnischen Judikative, welche die Gewaltenteilung stark bedrohen. Die Einleitung des Rechtsstaatlichkeitsverfahren durch die EU-Kommission ist richtig, weil sie Signalwirkung hat, dürfte aber in der zweiten Stufe nicht von Erfolg gekrönt sein. Andererseits beklagt man in Polen, auch seitens unabhängiger Beobachter im Westen, eine diesbezügliche Heuchelei der Kommission, weil sie sich zu wenig mit Verstößen gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beschäftigt. Der gemeinsame EU-Wertekanon ist bislang nicht viel mehr als eine Fiktion.

Eine Erosion der Rechtsstaatlichkeit kann mittelfristig auch schädliche Auswirkungen auf das Investitionsklima und die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes haben. Die Reform des Dublin-Systems dürfte wohl vorerst auf die lange Bank geschoben werden.

Aber die Gräben in der EU verlaufen nicht nur zwischen Ost und West. So gibt es, grob gesagt, zwischen Nord-, Mittel- und Südeuropa erhebliche Differenzen, was die staatliche Haushalts-, Finanz- und Investitionspolitik angeht. Das zeigte sich unter anderem an einem gemeinsamen Papier der Finanzminister der nordischen Staaten, der Niederlande, Irlands und der baltischen Staaten, die Vorschläge der EU-Kommission zur Vertiefung der Währungsunion kritisierten, die im Prinzip auf mehr Mittel und Kompetenzen für die EU hinauslaufen. In dem Papier hieß es u. a.: „Für eine Stärkung der Währungsunion sind zuallererst Schritte in den Mitgliedsstaaten und die Einhaltung unserer gemeinsamen Regeln nötig.“

Stehen die Weichen auf eine stärker ausdifferenzierte EU? Einige östliche EU-Staaten würden einem Kerneuropa angehören können und wollen, andere nicht.

Und grundsätzlich fehlt eine ehrliche Debatte über die Zukunft der EU, über ihre Politikfelder und ihr Finanzgebaren, die anachronistische Brüsseler Bürokratie, das überdimensionierte EU-Parlament. Gerade wenn man über die langfristige Stabilität der EU nachdenken will – und die Gemeinschaft wird auch in Zukunft bitter nötig sein –, sollte man sich dieser Grundsatzdebatte zuwenden. Nur leider haben die Politiker Angst davor.

Ingeborg Gabriel

Sozialethische Herausforderungen für die Kirchen in Europa

Prof. Dr. Ingeborg Gabriel hat den Lehrstuhl für Sozialethik an der Universität Wien inne. – Auf ausdrücklichen Wunsch der Autorin wird das von ihr durchgesehene Redemanuskript veröffentlicht (es gilt das gesprochene Wort).

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“ – reimte der deutsche Dichter Heinrich Heine Mitte des 19. Jahrhunderts. Es lässt sich heute gut auf Europa hin abwandeln. Vieles, was unsere gesamte Lebenszeit über selbstverständlich schien, scheint ins Wanken zu kommen.

Die Frage „Europa – quo vadis?“ stellt auch zentrale Anfragen an die Kirchen des Kontinents. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie trotz Säkularisierung weiterhin die größten zivilgesellschaftlichen Institutionen in Europa darstellen. Damit ist jenseits allen Triumphalismus eine beachtliche Verantwortung für die Zukunft verbunden. Können und wollen die christlichen Kirchen dieser Verantwortung gerecht werden – dies ist die zentrale Frage.

Denn gegenwärtig scheinen sie, so der Titel eines Beitrags in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vor einiger Zeit, „Schwache Riesen“. Was jedoch ist der Grund für diese gesellschaftliche Schwäche, die man mit der Metapher der müden Großmutter, die Papst Franziskus in seiner Karlspreisrede 2016 für Europa verwendete, beschreiben könnte? Warum eigentlich sind die Kirchen und mit ihnen die Gläubigen verunsichert? Wie der gestrige Nachmittag zeigte, gilt freilich diese tiefe Verunsicherung keineswegs nur für die Kirchen, sondern für Europa als Ganzes.

Nun mag eine fundamentale Infragestellung der eigenen Positionen angesichts der historischen Katastrophen und Brüche des 20. Jahrhunderts verständlich sein. Die Resilienz von Menschen sowie von Institutionen ist begrenzt.

Und während hier im Westen eine Phase des Aufbaus begann, ging die brutale Geschichte der Unterdrückung in jenem Teil Europas weiter, der unter kommunistische Herrschaft geriet. So wurde der tschechische Teil meiner Familie, der 1945 nicht aus der Tschechoslowakei vertrieben und zugleich enteignet worden war, brutal von den Kommunisten enteignet und unterdrückt.

Doch – und dies darf ebenso nicht übersehen werden – dieses Europa ist heute reicher und friedlicher als es je war. Die gegenwärtige multiple Krise scheint mir daher, und ich werde darauf am Ende zurückkommen, vor allem eine geistige Krise, eine Krise der Selbstwahrnehmung zu sein, die auf einer realistischen Sicht der *conditio humana* basieren muss.

Angesichts dessen stellt sich – so vorweg – die Frage, ob die Kirchen nicht aus dem Fundus ihrer langen Geschichte und aus der christlichen Hoffnung gerade

heute, da die europäische Geschichte in einer so kritischen Phase ist, neue Impulse geben müssten und könnten.

Sollte nicht gerade im christlichen Glauben ein Widerstandspotential liegen, das trotz und in den Wirren der Geschichte ein Denken und Handeln auf Zukunft hin möglich macht?

Dem Selbstverständnis der Kirchen als Heilsinstitutionen, als „Sakrament des Heils“, wie das Zweite Vatikanum formuliert, geht es ja keineswegs nur um ein jenseitiges oder rein geistiges Heil. Dies wäre in keiner Weise christlich, sondern spiritualistisch. Ihnen ist es vielmehr aufgetragen, die Welt und das Leben der Menschen und aller Menschen als Ganzes im Blick zu haben und Hoffnung auch in den weltlichen, alltäglichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu geben, um die Menschen zum Glauben an die letzte und größte aller Hoffnungen, jene auf das Reich Gottes, zu befähigen.

Der Titel des mir vorgeschlagenen Referats „Sozialethische Herausforderungen für die Kirchen“ ist außerordentlich breit. Ich möchte drei Themen (Versöhnung, Solidarität und Gemeinwohl) unter diesem Leitbegriff der Hoffnung in gebotener Kürze behandeln.

Ich orientiere mich dabei an einem Begriff des Zweiten Vatikanischen Konzils, jenem der Zeichen der Zeit. Er stellte eine theologische Novität dar (seine Schöpfer waren Theologen der französischen *nouvelle théologie*). Er wird inzwischen meist rein soziologisch verstanden, im Sinne der Beschreibung eines ideologischen Ist-Zustands. Ursprünglich hatte er jedoch über die soziologische hinaus eine ethische und theologische Dimension. Denn die soziale Realität, das HEUTE, soll – so *Gaudium et spes*, das dafür eine immer noch recht brauchbare Blaupause liefert – in ihrer ganzen Komplexität erfasst werden, um dann in einem zweiten Schritt sozial-ethisch unter dem Leitwert des Humanen reflektiert werden zu können, dies alles im Glauben, dass ein Wachstum an Menschlichkeit immer und überall dem Willen Gottes entspricht, also eine genuin theologische Dimension hat. Die soziologischen und sozialetischen Reflexionen über die Zeichen der Zeit lassen sich demnach nicht von den theologischen trennen. Denn: Was zur Humanisierung der Welt und zur Personalisierung von Menschen beiträgt, entspricht der Intention (dem Willen) des christlichen Gottes, was dieser Humanisierung nicht entspricht, ist in jeder Zeit kritisch zu hinterfragen.

1. Überwindung des Nationalismus: Zeit für eine vertiefte Aussöhnung in Europa

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war nach der katastrophalen ersten Hälfte für den Westen Europas eine Zeit des Friedens und eines nie gekannten Massenwohlstands. In den kommunistisch regierten Ländern hingegen folgten auf die Zerstörungen durch den Krieg weitere zuerst totalitäre Repressionen, die sich im Laufe der Zeit zwar zu einem repressiven Autoritarismus abmilderten, aber die Staaten mit kommunistischen Regimen blieben Orte

willkürlicher Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender, vor allem auch von ChristInnen.

Diese unterschiedlichen Kulturen Europas, die östliche und die westliche, und die damit verbundenen Lebenserfahrungen haben zwei Generationen, in Russland sogar vier, tief geprägt. Sie tragen, nachdem das Hochgefühl über den Fall der Berliner Mauer nach fast 30 Jahre fast zur Gänze verflogen ist, wesentlich zu einer fühlbaren Entfremdung bei. Wilde Privatisierungen, die vielfach ehemals kommunistische Eliten reich machten, aber für alle anderen Bevölkerungsschichten, also die Mehrheit, Verarmung brachten und die Zerstörung einer für uns aus dem Westen manchmal etwas eigenartig anmutenden, aber doch realen Solidaritätskultur förderten diese Entfremdung. Zum besseren Verständnis kann und soll nicht zuletzt eine Tagung wie diese einen Beitrag leisten.

Denn: Ein mangelndes Verständnis für eben diese Unterschiede war und ist einer der Gründe für die gegenwärtigen Probleme auf der Ebene der Europäischen Union. Die politischen Konflikte sind hier zunehmend Ausdruck eines Kultur- und Identitätskampfes, der sich aus unterschiedlichen Geschichtserfahrungen speist, die von populistischen Politikern ausgeschlachtet werden. In diesem Sinne erscheinen mir auch die Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik viel mehr ein Symptom denn die Ursache für die Spaltungsprozesse in der Europäischen Union zu sein. Die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge ist einfach zu gering, um ein effektives politisches Problem darzustellen. Dazu kommt, dass diese vielfach keinerlei Interesse haben, in mitteleuropäische Länder zu ziehen, und zwangsweise wohl nicht dorthin gebracht werden können.

Die eigentliche Schwierigkeit in der EU und darüber hinaus ist vielmehr eine politische Orientierungslosigkeit in diesem und anderen Sachthemen, die sich meiner Einsicht nach daraus speist, dass die Zielrichtung des liberalen Projekts und der damit verbundenen Gesellschaftsvision nicht mehr klar ist. Dies führt zu nationalistischen Renaissance in Ost und West.

Diese Wiederkehr eines Nationalismus, der mit populistischer Unverantwortlichkeit in West- wie Mitteleuropa als neues Narrativ verbreitet wird, hat kaum jemand vorhergesehen.

Das kann mit der letztlich falschen Vorstellung eines notwendigen Geschichtsfortschritts zusammen hängen, die die gesamte Moderne (das Neue ist immer besser als das Alte) prägt und tief in unserem Bewusstsein verankert ist. Angesichts der neuen Nationalismen kommt einem jedoch unweigerlich ein Wort von Marx in den Sinn, dass alles in der Geschichte einmal als Tragödie und einmal als Farce kommt. Der selbstgerechte Provinzialismus der neuen Nationalisten, der sich gegen alle Anderen und institutionell vor allem die EU richtet, könnte sich aber von einer Farce rasch zu einer Tragödie auswachsen.

Es ist vor allem eine noch nicht aufgearbeitete Geschichte (wobei die Frage ist, ob Geschichte je aufgearbeitet werden kann!), die manipulativ für eine nationale Identitätspolitik missbraucht wird. Die Opferrolle der eigenen Nation (die

Leichen im Keller) oder ihre vergangene Größe werden zum neuen Inhalt von Politik. Da fast jedes europäische Land einmal in der Geschichte eine Großmacht war und jedes Land Opfer zu beklagen hatte, enthalten derartige Narrative eine hohe Sprengkraft und ein großes Spaltungspotential.

In Vergessenheit zu geraten scheint dabei, dass der Nationalismus in die Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs geführt hat, der Europa in den Untergang trieb. Paradox ist jedoch – wie Eric Hobsbawm bemerkte – dass der gegenwärtige Nationalismus nicht wie jener des 19. Jahrhunderts auf große nationale Einheiten zielt, sondern kleine Nationen entstehen lässt, was für Europa heute in anderer Weise bedrohlich werden könnte (Katalonien, Schottland etc.). Denn: Angesichts des Aufstiegs von Großmächten in einer globalisierten Welt sind derartige Fixierungen auf lokale Geschichtsbilder schlicht eine Flucht in die Irrealität und politische Bedeutungslosigkeit. Hier kann ein Blick zurück in die Geschichte helfen. Was an den Jahren nach 1945 immer wieder erstaunt, ist, dass es nach zwei Weltkriegen und jahrhundertelangen europäischen Kriegen möglich war, Institutionen aufzubauen, die der kriegerischen Selbstzerstörung des Kontinents einen Riegel vorschoben. Welch einmalige ethische und politische Leistung der Schuman-Plan war, wurde mir vor kurzem bei einem Gespräch mit Studierenden vom Balkan klar, die meinten, dass es für eine Versöhnung zwischen Serben und Kroaten zwei Jahrzehnte nach dem Krieg einfach zu früh sei. Die europäische Friedensinitiative wurde jedoch von meist christlich motivierten Staatsmännern bereits 5 Jahre nach Kriegsende lanciert. Sind die christlich-moralischen Ressourcen heute für derartige Initiativen zu schwach und wenn ja warum?

Eines der zentralen Worte des christlichen Glaubens ist jenes von der Versöhnung. Wie andere Vorstellungen und Begriffe wurde es vielfach individualistisch vereinseitigt und damit politisch unbrauchbar gemacht. Doch das „Werk der Versöhnung“, das den Kirchen laut Paulus im 2. Korintherbrief anvertraut ist, kann nicht auf Einzelne und Gemeinden begrenzt werden. Es hat eine dezidiert politische Dimension, wie die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung von Graz 1997 ausführte. Sie stand bekanntlich unter dem Titel: „Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens“ und gab in einer Aufbruchzeit des Kontinents ein starkes Signal, das durch die Charta Oecumenica von 2001 konkretisiert wurde.

Liest man diese Dokumente heute, spürt man, wie stark sich der Zeitgeist geändert hat, von dem auch die Kirchen nicht unberührt sind (selbst dann, wenn sie sich gegen ihn stellen wollen) und wie sehr der Wind heute in eine andere Richtung weht. Doch wäre es nicht an der Zeit, diese Dokumente fortzuschreiben? Könnte nicht bereits dies ein Zeichen jener christlichen Hoffnung sein, von der ich zu Anfang sprach? Wie hätte dieser „Dienst der Versöhnung“, auch, aber keineswegs nur, zwischen den Konfessionen auszusehen? Ökumenisch hat sich vielfach gezeigt, dass die Einheit der Kirchen am ehesten dadurch gefördert wird, dass sie gemeinsam eine Vision entwickeln, die sie in der Gesellschaft umgesetzt wird, „damit die Welt glaube ...“ (Joh 17,21). Damit ist nichts gegen die Dogmatik und ihre Bemühungen um

Kircheneinheit gesagt, aber gesellschaftliche Kooperationen scheinen mir hier gegenwärtig das Gebot der Stunde.

Sie könnten auch ein Mittel gegen jene Tendenzen sein, die die Kirchen selbst nationalistisch infiltrieren. Denn diese sind, und das gilt für alle Konfessionen, wie Geschichte und Gegenwart zeigen, und ist in aller Ehrlichkeit zu sagen, gegen nationalistische Parolen und Positionen in keiner Weise immun. Es wäre wichtig, über die für mich schwer verständlichen Ursachen gemeinsam nachzudenken. Jedenfalls aber scheinen vergangene Leitbilder nationaler Größe vielen auch in den christlichen Kirchen attraktiver als ein als säkular wahrgenommener internationalistischer Liberalismus.

Aber eines ist sicher: Nationalismus und christliches Evangelium gehen schlechterdings nicht zusammen. Erzählungen von nationaler Größe sowie nationale Opfernarrative sind dem Evangelium (ja der Bibel an sich) schlechterdings fremd (Franz Rosenzweig hat sie einmal als säkulare Erwählungstheorien bezeichnet). Das Christentum hatte von seinen Anfängen an einen stark universalistischen Ansatz, der alle Menschen als Brüder und Schwestern einschloss. Sie standen und stehen für Inklusion, nicht für Exklusion. Die christlichen Kirchen kommen daher nicht umhin, sich der Frage der Versöhnung im jeweiligen nationalen Kontext zu stellen, sich als Brückenbauer zu betätigen, um so die Fundamente Europas zu stärken. Wie schwierig derartige Vermittlungen angesichts der Brutalität der Geschichte sind, wurde mir kürzlich bei einem Besuch in Nordirland wieder klar.

Die Weltgeschichte ist weniger „Gottes Werkstatt“ (Goethe) als ein Schlachthaus, in dem Gottes Wirken oft nur mit Mühe zu erkennen ist. Dennoch: Der christliche Glaube setzt auf Versöhnung und Vergebung, die Hoffnung geben. Die einzige Bitte des Vaterunsers, die in einem christlichen Handeln ein Pendant finden soll („Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“), wurde, wie vor langem der evangelische Theologe Johannes Dantine zeigte, in der Geschichte des Christentums wie vieles individualisiert. Erst in den vergangenen Jahren wurde ihre kollektive Dimension zuerst im säkular-politischen und dann im kirchlichen Raum wieder entdeckt. Vergebungsbitten, die historisches Unrecht ansprechen, setzen dadurch eine Zäsur, dass sie dieses Unrecht anerkennen. Sie folgen damit dem Modell einer Beichte im öffentlichen Raum. Papst Johannes Paul II. hat am Aschermittwoch im Jahr 2000 Vergebungsbitten für die Kirche formuliert, die feierlich vorgetragen wurden.

Es wäre zu überlegen, wie die Kirchen solche Prozesse der Versöhnung stärken könnten, um die vielen weiter bestehenden Nationalitäten- und Konfessionskonflikte zu überwinden und Hoffnung zu geben.

2. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität

Die Fundamente des europäischen Zusammenhalts bröckeln nicht zuletzt aufgrund sozialer Ungleichgewichte zwischen Menschen und in Ländern, die sich in den letzten Jahren massiv verstärkt haben. Die Globalisierung seit den

1980er Jahren sowie eine einseitig neoliberale Wirtschaftstheorie und -politik haben in vielen Ländern zu Sozialabbau, Schuldenskandalen und sozialer Unsicherheit durch Arbeitslosigkeit geführt. Das geoökonomische und geopolitische Umfeld hat neue Realitäten entstehen lassen, deren machtvollstes Symbol das World Wide Web ist. Es ist Ausdruck einer technischen Welteinheit. Dabei stellt bereits *Gaudium et spes* generell die Frage, ob diese immer engere Vernetzung die Personwerdung jedes und aller Menschen fördert. Sie sollte nicht vorschnell mit ja oder nein beantwortet werden, wie dies Fundamentalisten aller Couleurs tun. Liberale Grundwerte wie Emanzipation, Menschenrechte und Demokratie, aber auch Wirtschaftsfreiheit sind hohe Güter. Nur aufgrund von technischen und medizinischen Innovationen sowie komplexen Wirtschaftssystemen konnte die Weltbevölkerung auf 7,6 Milliarden anwachsen und kann sie (mehr schlecht als recht) ernährt werden. Doch die sozial antiegalitären (laut Oxfam Bericht vom Jänner 2018 kommen täglich 2 Milliarden weltweit dazu) und die gravierenden Umweltfolgen sind gleichfalls evident.

Der Sozialabbau und neue Formen der Armut nach dem Fall des Staatssozialismus in den ehemaligen kommunistischen Ländern, Einsparungen im Sozialbereich aufgrund des Kollapses von Banken und Staatsschulden, exorbitante Raten von Jugendarbeitslosigkeit, die Entwertung einfacher Arbeit aufgrund der Digitalisierung, die zunehmen wird (800 Millionen Arbeitsstellen weltweit könnten laut Zeitungsberichten verloren gehen), all dies diskreditiert die Demokratie wie auch die europäischen Institutionen und zerstört das soziale Gewebe europäischer Gesellschaften. Der gegenwärtige Nationalismus ist nicht zuletzt deshalb das, was man als sozialen Nationalismus oder – der Anklang ist durchaus gewollt – als nationalen Sozialismus bezeichnen kann (die nationalistischen Parteien sind weniger wegen ihres Nationalismus, der ist Zutat, so populär, sondern wegen ihrer Sozialmaßnahmen für Familien, Pensionisten etc.) Ähnliches gilt auch für national-populistische Parteien in Westeuropa.

In den Ländern im östlichen Europa kommt das Gefühl eines westlichen Wirtschaftsneokolonialismus hinzu. Die beinahe skurrile Debatte um die Qualität von Nutella zeigt dies klar. Ich hielt sie zuerst für einen schlechten Scherz – habe aber inzwischen erfahren, dass Konzerne tatsächlich die Qualität von Produkten (und die Preise) nach Ländern variieren und davon abhängig machen, für wie anspruchsvoll sie die Konsumenten dort einstufen. Dies ist eines der vielen Beispiele dafür, wie wirtschaftliches Verhalten auf die europäische Politik zurückwirkt, die dafür verantwortlich gemacht wird, obwohl sie wenige Möglichkeiten hat, dies zu unterbinden.

Gerechtigkeit und Liebe, die den anderen einbezieht und seine Nöte als eigene anerkennt, waren von jeher wesentliche Pfeiler des Christentums. Hier stellt sich die Frage, wie die Kirchen, z. B. indem sie stärker als bisher, die Enzyklika „Laudato si“ aufgreifen, um diesen Dialog über soziale Themen in der Gesellschaft voranzutreiben. Ja, ich meine, dass diese Enzyklika auch in ihren praktischen Vorschlägen zum Dialog im langen 5. Kapitel eine Methode vorgeben könnte, wie dies möglich wäre.

Die Kirchen sind in jedem Fall gerufen, der Solidarität ein Gesicht zu geben, durch eigene karitative Aktivitäten, aber auch durch politisches Lobbying. Es geht um die Schaffung politischer Rahmenbedingungen, denen der Nächste und zwar auch in anderen Teilen Europas, effektiv ein Anliegen ist (die Anti-Diskriminierungsdebatten sind wichtig, aber welche Rollen spielen polnische Bauern, die nicht mehr leben können vom Ertrag, oder rumänische Pensionisten in den westeuropäischen Diskursen, wer setzt sich für sie ein?).

Diese sozialen Fragen sind in den vergangenen Jahrzehnten zu kurz gekommen, was auch politische Folgen hat. Rechtspopulisten gewinnen ihre Stimmen vor allem in jenen Gegenden, die sozial und ökonomisch zurückgefallen sind, und hier vor allem in ländlichen Gebieten. Die Haltung der Solidarität zu fördern und damit zugleich die Grundlage für eine zivilisierte und solidarische Gesellschaft zu schaffen, ist oder sollte eine der wichtigsten Aufgaben der Kirchen auf nationaler wie europäischer Ebene sein.

Die christlichen Kirchen mit ihrem „Elefantengedächtnis“ (Metz) und ihrer evangelischen Botschaft der Hoffnung, Liebe und Gerechtigkeit könnten bedeutsame Impulse für einen neuen europäischen Humanismus geben, wenn sie die bestehenden Realitäten analysieren und ihre Stimme am besten gemeinsam erheben. Sie könnten so helfen, die zu Recht kritisierten, verengten materialistischen und ökonomistischen Perspektiven in unseren Gesellschaften zu weiten, statt nur über deren Verderbtheit zu klagen (Konsumismus, Materialismus etc.).

Die Weitung von Solidarität auf die ganze Welt, die ursprüngliche *oikumene*, also eine „Globalisierung von Gerechtigkeit“ gehört wesentlich zu diesem europäischen Humanismus, der immer universal ist und sein muss.

3. Stärkung des Gemeinwohls: national, europäisch, international – in eschatologischer Perspektive

Das allgemeine Wohl, d. h. das Wohl aller ist das eigentliche Ziel von Wirtschaft und Politik. „Salus populi suprema lex esto“ formuliert bereits Cicero und es ist nicht von ungefähr, dass hier von einem Heil des Volkes die Rede ist. Die katholische Sozialethik hat diesen Begriff weiter tradiert und bildet – so der deutsche Staatsrechtler Isensee – „die letzte Bastion der alteuropäischen Ethik des Gemeinwohls ...“, die den Sündenfall „der Moderne nicht mitgemacht.“ hat.¹ Denn die politischen wie ökonomischen Theorien der liberalen Moderne gehen nicht mehr davon aus, dass der einzelne Verantwortungsträger für alle ist, sondern dass die Gesellschaft allein auf der Basis des Eigeninteresses, im besten Fall eines aufgeklärten Eigeninteresses, funktionieren kann. Doch dies ist eine anthropologische Irrlehre, oder besser noch eine Häresie.

¹ Josef Isensee: Gemeinwohl und öffentliches Amt. Vordemokratische Fundamente des Verfassungsstaates. Wiesbaden 2014, S. 41. Sandra Seubert: „Gemeinwohl“. In: Gerhard Göhler, Matthias Iser, Ina Kerner (Hrsg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden 2004, S. 101-118, geht davon aus, dass sich ein Wandel abzeichnet.

Beides, sowohl das Verschwinden des Begriffs wie die Einsicht in seine Bedeutung, erscheint mir von exemplarischer Bedeutung für die heutige Situation, in der es vor allem um eine geistige und intellektuelle Neuausrichtung geht. Es geht darum, Menschen zur verantwortungsvollen Mitwirkung am Wohl der anderen zu inspirieren, die eigenen Interessen zu relativieren und hintanzusetzen. Die gesamte christliche Tradition geht davon aus und die Geschichte zeigt, wie schwierig es ist, den Egoismus in Liebe und Gerechtigkeit zu transformieren, den eigenen Nutzen oder jenen der Familie, des Stammes, der Nation zurück zu stellen. Diese Überwindung des Egoismus meinen die politischen und ökonomischen Theorien der Moderne umgehen zu können, indem sie die individuelle Nutzenverfolgung rationaler Wesen für ausreichend erklären, um das allgemeine Wohl zu erreichen. Diese und ähnliche Theorien sind inzwischen in das allgemeine Bewusstsein eingedrungen und stiften Verwirrung. Sie unterhöhlen die Würde der Politik, die nur mehr als Verfolgung von Eigeninteressen gesehen wird, die auch gar nichts mehr anderes zu sein beansprucht und auch so wahrgenommen wird. Sie höhlen so gleichsam den guten Willen und die Verantwortungsbereitschaft von Menschen, ihren Einsatz für andere, aus und stellen ihn unter Verdacht.

Aufgabe der Kirchen und der Christen wäre es hingegen, die Ausrichtung auf das allgemeine Wohl zu stärken und einer generellen Hermeneutik des Verdachts entgegen zu wirken. Dies gilt bottom up bei kleineren Gruppen, aber auch national, europäisch und international. Es wäre ganz praktisch zu vermitteln, dass der Einsatz für andere, für Menschenrechte, einschließlich der demokratischen Partizipation etwas Gutes ist und auch gute Resultate bringt. Ich habe diese Methode im letzten Jahr bei der OSZE getestet und festgestellt, dass es eben dies braucht.

4. Abschließende Überlegungen

Die Krise Europas ist eine geistige und ich meine damit eine der praktischen Vernunft und ihrer Ziele und weniger der materiellen und politischen Umstände. Sieht man sich die Geschichte an, dann ist die gegenwärtige politische und ökonomische Situation gut bis sehr gut. Eine derartige Aussage setzt sich sofort dem Verdacht der Schönfärberei aus. Etwas gut zu finden, gilt als Ausdruck eines unkritischen und mehr noch eines moralisch defekten Geistes. Damit ist das Problem freilich bereits benannt. Denn sieht man auf die Hungerkrisen auch in Europa im 19. Jahrhundert, auf die Zeit der beiden Weltkriege und andere Katastrophen, dann befinden wir uns sicher heute in einer um vieles besseren Situation. Wir haben materielle und politische Ressourcen, wie sie keine andere Zeit je hatte.

Die Lähmung in der europäischen Politik aber auch in unseren Gesellschaften, aus der der Nationalismus und Populismus gleichsam auszubrechen suchen, ist, so wage ich zu sagen – eine geistige Lähmung, die sich aus der Verzweiflung speist, dass diese Welt in keiner Weise perfekt ist. Dies ist das Drama des atheistischen Humanismus, wie es De Lubac bereits in den 1950er Jahren beschrieben hat. Die Postmoderne hat sich von den humanistischen Idealen gerade zu jenem Zeitpunkt verabschiedet, als Globalisierung und der

Fall der Mauer einen neuen Humanismus verlangt hätten. Eine intellektuelle Orientierungslosigkeit verbunden mit hyperkritischen Einstellungen gegenüber der Realität sowie einer grundsätzlichen Hermeneutik des Verdachts erzeugen ein geistiges Vakuum. Dahinter steht freilich, nachdem die modernen Ideale der Humanität und der Freiheit in ihrer Fragilität und die Schwachstellen des liberalen Projekts längst offenkundig sind, eine tiefe Sehnsucht nach Güte und Gerechtigkeit.

Dies gilt für jede seiner drei Dimensionen in unterschiedlicher Weise: der politischen (Demokratie, Menschenrechte), der ökonomischen (freier Markt) und der gesellschaftlichen (Pluralismus). Sie belegen gleichsam das Diktum des deutschen Staatsrechtlers Böckenförde, dass dieses liberale Projekt von Voraussetzungen lebt, die es selbst nicht garantieren kann.

Dies legt es für manche nahe, sich von ihm einfach zu verabschieden, wie dies Ivan Krastev in seinem viel zitierten Essay „Europadämmerung“ tut. Wobei mir der Originaltitel „After Europe“ bereits vom Titel her als überzogen erscheint, als Ausdruck eben jener intellektuellen Verzweiflung, die Teil des Problems und nicht der Lösung ist. Europa wird es sowohl geographisch wie auch geistig weiter geben. Die Frage ist nur, welcher Art dieses Europa sein wird, ob das Leben in diesem Kontinent besser oder schlechter oder sogar sehr schlecht sein wird. Dass dies möglich ist, zeigt die Geschichte.

Wenn diese Analyse zutrifft, dass es sich über die praktischen Fragen hinaus, vor allem um eine geistige Krise handelt, dann sollte dies eigentlich ein *kairos* für die Kirchen und ihre Anthropologie, sowie ihre letztlich eschatologische Hoffnungsperspektive sein. Erst von daher lassen sich die großen anthropologischen Fragen, die heute mehr denn je im Raum stehen, entschlüsseln: Was ist der Mensch? Was soll er tun, was ist zivilisiert und was menschenwürdig? Warum soll ihm (oder ihr) der Nächste nicht egal sein und wer ist überhaupt dieser Nächste?

Es gilt diese reichen Ressourcen der je eigenen christlichen Kulturen für einen neuen europäischen Humanismus fruchtbar zu machen. Angesichts eines beachtlichen ethischen Vakuums und der damit verbundenen Orientierungs- und Ziellosigkeit (die manchmal in Hypermoralismus umschlägt) sind es diese Menschheitsfragen, die sie zu thematisieren hätten.

Warum gelingt dies den Kirchen in Europa kaum. Warum sind sie „Schwache Riesen“? Ich möchte dafür eine erste Antwort geben, die jeder von Ihnen hier im Saal für sich ergänzen kann.

1. Die Kirchen und ganz Europa wurden von den Wirren der Geschichte im vergangenen Jahrhundert arg gebeutelt. Das Christentum wurde zudem durch Religionskritik, Säkularismus und die von Regimen ausgehenden Verfolgungen stark geschwächt. Daraus entstand die Tendenz, sich auf sich selbst zurück zu ziehen.
2. In liberalen Gesellschaften sind die Kirchen Teil der Zivilgesellschaft und nicht mehr ein Gegenüber des Staates. Damit einher geht der Verlust des Weltanschauungsmonopols. Dies wird nach einer langen Zeit des Staatskirchentums, das vielen noch immer als Ideal gilt, (oft unbewusst)

als Kränkung empfunden. Deshalb gelingt es vielfach nicht, sich effektiv in die Mechanismen pluralistischer Gesellschaften einzuklinken, die Spielräume des liberalen Staates zu nützen und den Dialog mit anderen gesellschaftlichen Kräften mit einer gewissen Selbstsicherheit effektiv zu führen.

3. Papst Franziskus hat in seiner lesenswerten Rede zur Verleihung des Karlspreises drei Maximen für ein derartiges gesellschaftliches Engagement aufgestellt: zu integrieren, Dialog zu führen und so kreativ Neues zu generieren. Dies könnte in der Tat ein Programm sein, durch das die Kirchen zugleich ihren Beitrag zur Überwindung eines gefährlichen geistigen Vakuums im heutigen Europa leisten können.

Es gilt, sich integrativ in die zivilgesellschaftlichen Prozesse einzubringen und dort die eigenen Ideen und den Glauben zu vertreten. Dies muss zweitens dialogisch geschehen, in dem andere als gleichwertige Gesprächspartner und als Partner im Ringen um humane Lösungen anerkannt werden (so schon *Gaudium et spes* 11). Dem widerspricht eine Haltung des Rückzugs und der Fundamentalopposition, vielfach gegen die Moderne insgesamt, wie sie nicht selten anzutreffen ist.

Die Kirchen können ihre Funktion als „universales Sakrament des Heils“, als „Zeichen und als Werkzeug für den Dienst an den Menschen und an der Welt“ und als Keimzelle der Einheit in den gegenwärtigen Gesellschaften (so das Zweite Vatikanische Konzil, *Lumen gentium* 1 und 9 et passim) in pluralistischen Gesellschaften jedoch nur unter der Voraussetzung wahrnehmen, dass sie dies gemeinsam mit anderen tun.

Dazu braucht es Innovationsbereitschaft und Risikofreudigkeit, eine Ermächtigung aller Christen, ihre Glaubenstraditionen im Sinne eines Aggiornamentos zu vermitteln, indem sie Probleme analysieren und bewusst Verantwortung übernehmen. Eine klerikalisierte Kirche hat wenig Aussicht auf Wirksamkeit in einer pluralistischen Gesellschaft.

4. In der Charta Oecumenica heißt es in Punkt 7: Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents ... Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen ... als internationale Gemeinschaften müssen wir der Gefahr entgegentreten, dass Europa sich zu einem integrierten Westen und einem desintegrierten Osten entwickelt. Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.

Wir verpflichten uns, uns über Inhalte und Ziele unserer sozialen Verantwortung miteinander zu verständigen und die Anliegen und Visionen der Kirchen gegenüber den säkularen europäischen Institutionen möglichst gemeinsam zu vertreten; die Grundwerte gegenüber allen Eingriffen zu verteidigen; jedem Versuch zu widerstehen, Religion und Kirche für ethnische oder nationalistische Zwecke zu missbrauchen.“

Dieses ausführliche Zitat könnte gleichsam eine Checklist sein. Es ist an der Zeit, sich selbstkritisch zu fragen, inwieweit sie abgearbeitet worden ist, oder ob

binnenkirchliche Querelen und Marginalien den Blick auf diese Vision verstellt haben. Ökumene ist die Voraussetzung christlicher Glaubwürdigkeit heute. Sie ist jedoch kein Selbstzweck, sondern die Basis einer Verkündigung des Evangeliums in die europäischen Gesellschaften hinein, die vom säkularen oder deistischen Humanismus der Aufklärung geprägt sind. Das Christentum lässt das Weltliche nicht hinter sich, sondern vermenschlicht und transzendiert es. Es vermittelt jene eschatologische Perspektive der Hoffnung, dass Friede und Gerechtigkeit am Ende der Zeit triumphieren werden. Seine große Vision der Gottesgerechtigkeit ist ein kritisches Korrektiv angesichts von Unrecht und stellt zugleich jede politische Ordnung unter eschatologischen Vorbehalt. Dass wir keine vollkommene Welt schaffen können, entbindet jedoch nicht von der Verpflichtung, eben diese Welt zu reparieren (jüdisch „tikkun olam“), wo immer es möglich ist, und ihr damit Hoffnung zu geben.

Tomáš Halík

Gedanken zu einer europäischen Politik aus christlichem Antrieb

Prof. Dr. Tomáš Halík ist Professor für Soziologie an der Karlsuniversität Prag und Präsident der Tschechischen Christlichen Akademie.

I.

Europa, die Mutter der Revolutionen, hat auch die bedeutendste soziokulturelle Revolution unserer Zeit geboren. Der Globalisierungsprozess war eine der Früchte der europäischen Moderne, der schrittweise Expansion von westlichen Waren, Technik, wissenschaftlichen Erkenntnissen, Lebensstil und politischen Idealen auf fast die ganze Welt, insbesondere unter die Eliten.

Eine der Folgen der Globalisierung war auch der Sturz kommunistischer Regime, die dem offenen globalen Waren- und Ideenmarkt nicht standhalten konnten.

Der Globalisierungsprozess scheint in unserer Zeit seinen Gipfel erreicht zu haben. Das wirtschaftliche und politische System der liberalen Demokratie wurde nicht zum „idyllischen Ende der Geschichte“. Zum Vorschein kommt die andere, paradoxe Seite der Globalisierung. Die globale Verflechtung der Welt hat eine größere Disproportion zwischen den reichen und den armen Ländern, zwischen den Eliten und dem Rest der Gesellschaft bewirkt.

Heute sind wir Zeugen eines wachsenden Widerstandes gegen die Globalisierung und gegen die bestehenden Eliten, eines „flüssigen Zorns“.

Diejenigen, die sich bisher frustriert fühlten, weil ihre Stimme nicht hörbar sei und es ihnen an Anerkennung mangle, haben ein neues Medium geschenkt bekommen: die sozialen Netzwerke im Internet. Jede Revolution in den Medien begleitet und potenziert politisch-kulturelle Veränderungen. Der Buchdruck half der Reformation und der Modernität. Der Rundfunk den modernen Diktatoren: Hitler, Goebbels und Mussolini hätten ohne den Rundfunk einen unverhältnismäßig kleineren Einfluss gehabt. Das Fernsehen hat geholfen, den demokratischen politischen Wettbewerb in ein Showbusiness umzuwandeln. Die neuen sozialen Netzwerke geben den Verbreitern des „flüssigen Zorns“ die Möglichkeit, ihre Aggressivität anonym auszuschreien, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vulgär zu beschimpfen und fake news, alarmierende Nachrichten, Verleumdungen und ansteckende hasserfüllte Parolen fast uneingeschränkt zu verbreiten. Die neuen sozialen Netzwerke spielen eine tief asoziale Rolle: sie zerschlagen die Gesellschaft, bilden „Blasen“, kleine virtuelle Welten, in denen sich die Menschen in ihren Vorurteilen bestärken und wohin die Nachrichten und Informationen nicht durchdringen können, welche solche Stereotypen zerstören und zu kritischem Denken führen könnten.

Je komplizierter die pluralitäre Welt ist und je mehr die allgemeine Bildung, die Kultur der öffentlichen Debatte sowie die Fähigkeit des kritischen Denkens verfallen, umso mehr nehmen die Menschen Zuflucht zu solchen sektenähnlichen Blasen. Die Früchte dieser Mentalität – einer primitiven schwarzweißen Weltsicht und einer Mischung von Angst, Frustration, Depressivität und daraus wachsender Aggressivität – ernten die populistischen Politiker. Sie besitzen eine hervorragende Fähigkeit genau das zum Ausdruck zu bringen, was die Menschen denken, die nicht denken. In einer Welt der Bilder und Parolen siegt die Emotionalität über die Rationalität.

Allgemeines mediales Augenmerk ist in den letzten Jahren auf die Entwicklung in der arabischen Welt konzentriert. Tragisch jedoch ist im Westen die Unterschätzung der Tatsache, dass Putins *autoritäres Regime in Russland gegen den Westen einen systematischen Hybridkrieg führt*, in dem eine allseitige Unterstützung populistischer extremistischer Bewegungen eine bedeutende Komponente darstellt. Das Hauptziel ist eine Desintegration Europas, Zerfall der Europäischen Union und der transatlantischen Allianz. Die wichtigste Rolle spielt hier eine *systematische Verbreitung von Desinformationen in den Internet-Netzen*. Vielerorts in der ganzen Welt wurden Russlands Bemühungen bewiesen, die Wahl- und Referendenergebnisse zu beeinflussen.

Das Information-Brainwashing konzentriert sich am stärksten auf die Menschen in dem ehemaligen Sowjetblock mit dem Ziel, das Vertrauen in die EU und die NATO zu schwächen, Chaos zu stiften, Spaltung und Panik in der Gesellschaft herbeizuführen und hysterische Angst vor Flüchtlingen hervorzurufen.

II.

Ein Teil dieser Propaganda zielt speziell auf Christen und bringt Erfolge besonders in jenen äußerst konservativen katholischen Kreisen, die schon immer eine Affinität zu autoritativem Regime aufwiesen.

Die Nationalisten in Polen rufen antisemitische Parolen aus und singen „Wir wollen Gott“. Ich befürchte jedoch, das der von ihnen gewollte Gott wirklich sehr wenig Gemeinsames hat mit dem, den Jesus „mein Vater“ nannte. Aus der Geschichte wissen wir, dass sich hinter den politischen Parolen „Für Gott und Volk!“ und „Gott mit uns“ eine gefährliche Idolatrie verbergen kann, die das Volk, die Nation an den Platz stellt, der einzig Gott gehört. Wenn sich jetzt bestimmte kirchliche Kreise in einigen Ländern mit nationalistischen autoritativen Regime oder politischen Parteien verbinden, ist nach dem früher oder später eintretenden Fall solcher Regime eine schnelle und radikale Abkehr eines bedeutenden Teils der Gesellschaft von der Kirche zu erwarten. Bei tiefer Denkenden unter den konservativen Christen ist das Manifest französischer Rechtsintellektueller¹ verbreitet, das scharf gegen die gegenwärtige Gestalt der Europäischen Union auftritt. Seine Kritik ist in

¹ Zur „Neuen Rechten“ (in Frankreich und anderen Ländern) finden sich einige allgemeine Hinweise unter vgl. z. B. https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Rechte#Konservative_Vordenker.

mancher Hinsicht berechtigt, aus dem Text geht jedoch eine Nostalgie nach der mittelalterlichen Christianitas hervor – nach einem idyllischen „christlichen Europa“, das nur in den Träumen der Romantiker des neunzehnten Jahrhunderts existiert hat.

Eine realistische Vision von politischem Engagement der Christen im Prozess der europäischen Integration – ohne Nostalgie nach Vergangenheit und mit Rücksicht auf die faktische kulturelle Pluralität – ist die Aufgabe, an der ständig gearbeitet werden muss. Es hängt zusammen mit dem theologischen Durchdenken des universellen Offenseins des Christentums, mit dem Übergang vom Katholizismus der Vergangenheit zu einer wirklichen Katholizität und einem tieferen Ökumenismus. Gegen die Versuchung von "Kulturkriegen" sollten wir die Treue von Papst Benedikts Vision bewahren: die europäische Kultur als eine Vereinbarkeit (Kompatibilität) zwischen christlichem Humanismus und „gesunden Laizität“, säkularen Humanismus.

Der christliche Glaube soll gewiss in die Welt der Politik treten, allerdings nicht als Ideologie und Machtinstrument. In der durch religiös begründete Verbrechen, durch politischen, ideologischen Missbrauch der Religion tragisch heimgesuchten Welt hat das Christentum eine andere Gestalt und eine andere Rolle der Religion zu zeigen, nämlich *die therapeutische Stärke des Glaubens*.

Wie in jedem Organismus, so gibt es auch in jeder Gesellschaft pathologische Zellen (Extremisten). Falls das Immunitätssystem normal funktioniert, weiß es sich zu helfen. Falls aber das Immunitätssystem gelähmt ist, beginnen sich die Geschwulstzellen zu vermehren. Welche Institutionen sollten in einer Welt, in der Angst, Hass und Gewalt triumphieren, die Rolle des Immunitätssystems spielen?

Gemäß Papst Franziskus soll die Kirche ein *Feldlazarett* sein. Mit dieser Bezeichnung ist sicher viel mehr gemeint als nur kirchliche Gesundheitseinrichtungen oder karitative Hilfeleistungen. Zur Diakonie der Kirche gehört auch eine Kultivierung des sozialen Klimas - von der präventiven Fürsorge bis zu langfristigem Heilen von Wunden, verursacht durch Konflikte und Regime, die die Würde des Menschen zertraten.

Hier können die Kirchen der Demokratie einen großen Dienst leisten. Die Demokratie stellt nicht nur eine bestimmte Art des Regierens, sondern vor allem eine gewisse Kultur zwischenmenschlicher Beziehungen dar. Freiheitliche Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat setzen eine ständige Kultivierung des Moralklimas und der Beschaffenheit zwischenmenschlicher Beziehungen voraus.

III.

Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist nicht mehr das Gespenst des Kommunismus, obwohl es mit Kommunismus, Nationalsozialismus und Faschismus viele gemeinsame Züge aufweist und wird es ja auch gerade durch die Nachwaisen dieser drei totalitären Ideologien unterstützt. Kaum hat der Kommunismus seinen blutigen Gang durch die europäische Geschichte

beendet, ist ein neues Gespenst da. *Es ist ein Gespenst des neuen Populismus.*

Die heutigen populistischen Bewegungen haben für sich bisher keine gemeinsame Benennung gewählt, keine gemeinsame Ideologie formuliert. Zur politischen Integrierung der Populisten kommt es nur langsam. Was heute vorwiegend in den postkommunistischen Ländern geschieht, nämlich das Wachstum von Nationalismus, Populismus, Xenophobie und politischem Extremismus, ist ein Warnsignal. Obwohl die Populisten ihre größten Erfolge heute in einigen post-kommunistischen Ländern feiern, sind offensichtlich gegen diese Ansteckung auch die Länder mit langer und ununterbrochener demokratischer Tradition nicht immun – man braucht nur an Brexit und an die Wahl von Donald Trump zu erinnern.

Die populistische Parteien und Bewegungen werden jedoch durch Menschen ähnlicher Mentalität gewählt, und was sie verbindet, ist hauptsächlich das, wogegen sie sich negativ abgrenzen, also: Opposition gegen das System liberaler Demokratie, das sich in Westeuropa seit der Niederlage des Nationalsozialismus und in Mittelosteuropa seit dem Fall des Kommunismus entwickelt hat. Statt Rechtsstaates und Parlamentarismus bieten die Populisten eine „direkte, nichtliberale Demokratie“ an. Das politische Hauptziel ist eine Desintegration Europas, Zerfall der Europäischen Union und der transatlantischen Allianz.

Während die totalitären Ideologien aus sozialen Spannungen in den Zeiten wirtschaftlicher Krisen heranwuchsen, feiern die Bewegungen des neuen Populismus ihre Erfolge auch in reichen Ländern. Die Krise, die sie gezeugt hat, hat primär nicht ökonomischen Ursachen, sondern vielmehr psychologische, kulturelle und geistige Wurzel. Es ist vor allem eine *Identitätskrise*.

Der neue Populismus bedient sich heute am meisten der Angst vor den Migranten und vor der angeblichen „Islamisierung des Westens“. Kennzeichnend ist, dass die Angst vor Muslimen und Immigranten gerade dort am größten ist, wo es praktisch keine Flüchtlinge gibt und die meisten Menschen einen Muslim nie gesehen haben. Immigranten und Muslime dienen offensichtlich *als Ersatzziel für Zornentladung* wie einst die Juden, die Kapitalisten oder nationaler Minderheiten. *Die wirklichen Frustrationsursachen liegen woanders, tiefer – es sind Verlust des Identitätsbewusstseins und Gefühl des Desorientiertseins, Angst vor der unübersichtlichen Welt.* Kierkegaard sprach vom Schwindelgefühl der Freiheit, die ihre Möglichkeiten betrachtet.²

Menschen, die betonen, dass die Immigranten unsere Werte und unsere moralischen und kulturellen Regeln streng zu wahren haben, sind größtenteils außerstande die Frage zu beantworten, um welche Werte es sich handelt und wo die Immigranten ein überzeugendes Beispiel solcher Einhaltung von Normen bei uns zu sehen bekommen könnten. Manche von den neuen Verfechter „christlicher Werte Europas“ hielten wohl nie im Leben die Bibel in

² Eigentlich „Angst ist der Schwindel der Freiheit“, ein bekanntes Zitat des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard aus dem Jahr 1844.

der Hand und ihr Credo ist der Hass gegen Muslime, Einwanderer, den liberalen Westen, die Europäische Union, gegen Homosexuelle sowie die „Neomarxisten“, zu denen sie gewöhnlich auch Papst Franziskus zählen. Die plötzliche Angst vor Identitätsverlust unserer Zivilisation verrät vor allem, dass *wir unser Identitätsbewußtsein längst verloren haben.*

Diese Situation ist auch eine Herausforderung für eine ernsthafte öffentliche Debatte über die wahre Identität unserer Zivilisation und über die Aufgaben und realistische Möglichkeiten den Christen in Europa.

IV.

Kann der christliche Glaube noch eine Hoffnung für Europa sein? Kann der christliche Glaube einen Antrieb für europäische Politik anbieten? Auf eine so formulierte Frage wird vom christlichen Theologen selbstverständlich eine eindeutig positive Antwort erwartet.

Ist es aber möglich bei seiner so allgemeinen Fragestellung wirklich eindeutig zu antworten? Sowohl Europa als auch das Christentum sind doch lebendige, folglich dynamische Tatsachen, die im Laufe der Geschichte immer wieder Änderungen durchmachen.

Das *Christentum von gestern* kann schwerlich eine Hoffnung für das Europa von heute und von morgen sein. Aus jedem Traum, auch aus dem Traum vom prämodernen Europa, muss man einmal erwachen. Die „Christianitas“ („das christliche Europa“, das Christentum als politische Ideologie Europas) ist in der Tat längst tot. Im Christentum geht es nicht um eine ewige Wiederkehr desselben.

Das heutige europäische Christentum wirkt jedoch zu müde und wenig überzeugend, es scheint vielmehr eine Religion im Abklingen zu sein als eine starke Quelle der Hoffnung für Europa von heute und morgen. Die „Volkskirche“ wird offenbar auch weiterhin ihrer sozialen und kulturellen Biosphäre verlustig gehen, und ich bin nicht der Ansicht, dass diese Entwicklung durch irgendeine „neue Evangelisation“ rückgängig gemacht werden kann. Die Zahl der sich zum Christentum bekennenden Menschen in Europa wird immer geringer und diejenigen, ihren Glauben in der von kirchlichen Institutionen angebotenen traditionellen Form „praktizieren“, sind eine Minderheit geworden. Sie dürfen aber nie zu einem abgesperrten Ghetto, sondern – um den gern verwendeten Ausdruck Papst Benedikt des Sechzehnten zu zitieren – zu einer „*schöpferischen Minderheit*“ werden.

Aus der gegenwärtigen Entwicklung geht jedoch hervor, dass auch in Europa – der Mutter der Säkularisierung – *die Säkularisierung nicht das letzte Wort* der geschichtlichen Entwicklung sein wird. Die Säkularisierung – einschließlich radikaler Versuche um eine Atheisierung der Gesellschaft, unternommen durch die kommunistischen Regime – hat die Religion nicht beseitigt, verhalf aber zu deren *Transformation*. (Dazu ein Einschub: Wenn überhaupt, sollte man heutzutage eher von „Apatheisten“ als Atheisten sprechen.) Der Soziologe

Peter L. Berger schlug bereits vor Jahrzehnten vor, den Begriff Säkularisierung durch den der *Pluralisierung* zu ersetzen.

Dies wird insbesondere heute deutlich, wo sich infolge der Migrationswelle nicht nur ethnische, sondern auch religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung Europas ändert.

Die traditionellen kirchlichen Institutionen verlieren an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft, ihr Einfluss wird immer schwächer. Zwei Gestalten der Religion gewinnen im Gegenteil an Bedeutung. Auf der einen Seite ist es der religiöse *Fundamentalismus* im Dienst politischer Interessen. Meiner Meinung nach geht es nicht um eine Politisierung von Religion, sondern um eine Sakralisierung politischer Interessen. Auf der *anderen* Seite steht ein lebendiges Interesse *für die spirituelle und mystische Seite der Religion*. Dies ist aber manchmal eine Form von Flucht, von Abkehr von der gesellschaftlichen Verantwortung des Christen als Bürger.

Ich bin überzeugt, dass die Soziallehre der Kirche um eine neue Disziplin zu ergänzen ist, die ich „Kairologie“ nenne – um eine theologische Hermeneutik der tiefen Veränderungen in der Gesellschaft und ihrer Kultur.

Besonders in den postkommunistischen Ländern fehlt, was sich „public theology“ nennt, sowie die prophetische Rolle jener, die „public theologians“ sind – die kompetent in die öffentliche Debatte eintreten und deren Sprache die säkulare Öffentlichkeit verstehen kann.

Insbesondere dort, wo die demokratische politische Kultur bedroht ist, muss eine neue „public theology“ gesucht werden, ein spirituelles Verantwortlichsein des Christen in der Welt, Verbindung von Kontemplation und Aktion. Was die Kirche jetzt wirklich braucht, ist eine Vertiefung von Theologie und Spiritualität angesichts radikaler Veränderungen des Zivilisationskontextes, in dem sich die Christen bewegen und der ihre soziale Rolle ändert.

Lange wurde die Polarisierung in der Kirche politisch verstanden, als ein Streit zwischen der konservativen Rechten und der progressiven Linken. Meiner Meinung nach beide Strömungen denselben Irrtum begehen: sie überschätzen die institutionelle Seite der Kirche.

Die wirkliche Polarisierung, die heute die einzelnen Kirchen ergreift, deren Grenzen ungeachtet, ist vielmehr der *Unterschied zwischen zwei Typen von Religiosität*, über welche vor einem halben Jahrhundert der Psychologe Gordon Allport schrieb – zwischen der *extrinsischen* (äußeren), die sich der Religion als Instrument zu etwas anderem bedient (heutzutage insbesondere zur Verteidigung einer Gruppenidentität), und der *intrinsischen* (innerlichen) Religiosität, die den Glauben nicht als „Besitz“ und Instrument versteht, sondern als Ziel: sie bemüht sich im Glauben zu leben.

Später hat Batson noch einen dritten Typ identifiziert, der meiner Ansicht nach besonders in der jungen Generation zu überwiegen beginnt – *der Glaube als*

„Quest“, als Weg, auf dem der Mensch auch alle offenen Fragen und Paradoxe des Lebens zu ertragen hat.

Der amerikanische Soziologe Robert Wuthnow stellte bereits vor Jahren fest, dass die Haupttrennlinie nicht zwischen den Gläubigen und Ungläubigen verläuft, sondern zwischen den „Eingewohnten“ (dwellers) und den „Suchenden“ (seekers).³ Diese Unterscheidung halte ich für die trefflichste Charakteristik der geistigen Situation unserer Zeit und bin überzeugt, dass sie in unseren, die Aufgaben der Kirche in der Zukunft betreffenden Überlegungen eine Schlüsselbedeutung haben soll.

Die Zukunft der Kirche hängt vor allen Dingen davon ab, inwieweit die Kirche fähig sein wird mit den Suchenden in Verbindung zu stehen.

Die klassische Mission ist bemüht, die Suchenden unter den Nichtgläubigen und die Nonkonformen unter den Gläubigen so bald wie möglich in jene Räume hinzuführen, über welche die Kirche *gegenwärtig verfügt* (damit meine ich auch den intellektuellen sowie den geistigen Raum). Falls die „neue Evangelisation“ wirklich „neu“ sein soll, setzt sie eine gründliche und geduldige „Prä-Evangelisation“ voraus statt einer oberflächlichen ideologischen Indoktrination. Der Weg der Kirche der Zukunft wird eine Kenosis, eine Entäußerung aus ihrem jetzigen Zustand, sein.

IV.

Die zwei großen Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. beendeten mit Würde eine lange Epoche der kirchlichen Geschichte. Mit Papst Franziskus beginnt ein neues Kapitel der Geschichte des Christentums.

Das Thema der vorherigen Epoche war die Auseinandersetzung mit der Modernität. Die Moderne ist aber vorbei, das Hauptthema stellen heute die mit dem Globalisierungsprozess und den verschiedenen Reaktionen darauf verbundenen Probleme dar.

Papst Franziskus wurde die anspruchsvolle Aufgabe zuteil, die Kirche in eine neue geistige Landschaft hineinzuführen, in die Zeit einer radikaler Pluralität, einer globalen Zivilisationenverflechtung, wo es nicht deutlich absehbar ist, ob dies zu einem friedlichen Zusammenleben in gegenseitiger Kompatibilität führen wird oder zu einem apokalyptischen Zusammenstoß der Zivilisationen.

Papst Franziskus hat die Aufgabe auf sich genommen wie sein Namensträger vor acht Jahrhunderten: Franziskus, geh und richte mein Haus her! Das Haus der Kirche ist ohne Zweifel vielseitig herrichtungsbedürftig. Aber die wichtigste Reform muss in der Mentalität der Christen stattfinden.

³ Instruktiv zu diesem Ansatz von Robert Wuthnow sind z. B. die Hinweise unter <http://sharpaboutyourprayers.com/2014/03/13/seekers-and-dwellers/>.

Die Christianisierung bedeutete die Bekehrung von Heiden und deren Eingliederung in die bestehende Christianitas. Die *Evangelisation*, die Hauptaufgabe der Kirche, sollte mehr auf *eine Bekehrung von Christen* gerichtet sein, auf Bekehrung vom statischen „Christsein“ Eingewohnter zum dynamischen „Christwerden“, auf Suche nach der Tiefe.

Europa – wohin? Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft

Bericht über eine Konferenz in der Diplomatischen Akademie Wien (14.-16. März 2018)

Europa steckt in einer tiefen Krise – niemand wird das angesichts von zunehmendem Populismus, wachsendem Nationalismus und immer stärker werdender Ablehnung von „Brüssel“ bestreiten. Aber steckt nicht in jeder Krise auch eine Chance? Oder aber, wie ein Teilnehmer der Konferenz bemerkte, findet sich nicht in all diesen Aussagen auch immer ein Körnchen Wahrheit? PRO ORIENTE (Österreich), das Institut G2W – Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West (Schweiz) und die Solidaritätsaktion Renovabis (Deutschland) führten ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus neunzehn europäischen Ländern zu einem Gedankenaustausch zusammen, der zum einen der Reflexion über die Ursachen der Krise diene, zum anderen die besondere Verantwortung der Kirchen zur Wiedergewinnung von Perspektiven für Europa herausstellte. „Die Kirchen sind“, wie *Botschafter Dr. Emil Brix*, Direktor der Diplomatischen Akademie Wien, in seinem Grußwort sagte, „ein Teil der Zivilgesellschaft und müssen in ihr eine wichtige Rolle spielen.“

Notwendige Sensibilisierung für die Europathematik

Die beiden Vorträge des ersten Tages untersuchten die Ursachen der europäischen Krise aus politischer und kirchlicher Sicht, wobei, wie Burkhard Haneke, Geschäftsführer von Renovabis, in seiner Einführung deutlich machte, eine Vielzahl von Faktoren zu nennen wären, weshalb es auch keinen Masterplan zur Lösung der Krise geben könne. Entscheidend sei, die Probleme beim Namen zu nennen und darüber in einen Dialog einzutreten, der die Beteiligten für die Europathematik sensibilisieren könne. *Dr. Konrad Clewing* (stellv. Direktor des IOS, Regensburg) stellte zunächst noch einmal die Fakten der Krise zusammen, die seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 Europa als Ganzes verändert hat. Seiner Ansicht nach sind die Niederlage der Populisten in Frankreich (Le Pen) und den Niederlanden (Wilders) kein Grund zum Aufatmen, im Gegenteil: In Österreich ist die FPÖ an der Regierung beteiligt, in Deutschland die AfD mit fast 13 Prozent als stärkste Oppositionspartei im Bundestag vertreten. Das Stichwort „Europadämmerung“ (Ivan Krastev) mache die Runde, die Europäische Union habe einen großen Teil ihrer Anziehungskraft verloren. Notwendig sei es daher, wieder an Europa als Ganzes zu denken und die verschiedenen Grade der Zugehörigkeit zu diesem Kontinent zu beachten (z. B. EU und Nicht-EU, „Zwischeneuropa“, Zuordnung und Selbstverständnis von Ländern wie Russland und Türkei). Sicherheitspolitisch dürfe sich die EU nicht vom „Westen“ (d. h. von den USA) abwenden, müsse aber auch bereit sein, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Die EU dürfe auch nicht – was manche Politiker in Mittel- und Osteuropa betonen – als reine Transferunion verstanden werden; sie war stets mehr. Daher plädierte er ausdrücklich dafür, die positive Gesamtbilanz stärker als bisher herauszustellen. Die EU hat wirtschaftlichen Wohlstand für alle Mitgliedsstaaten gebracht, sie war und ist das bisher erfolgreichste Friedensprojekt der Weltgeschichte.

Ende der europäischen Integration oder Neuanfang?

Dr. Michael Kuhn (stellv. Generalsekretär der COMECE, Brüssel) eröffnete seinen Vortrag mit einer Feststellung von Frans Timmermans aus dem Jahre 2016, wonach die realistische Möglichkeit bestehe, dass das europäische Projekt scheitert. Anders als 1989/90 blickten die Menschen nicht mehr nach vorne, sondern verhielten sich rückwärtsgewandt. Ein Blick auf die Geschichte der Unionsbemühungen zeige aber, dass es seit der Gründung der Montanunion (1950) immer wieder Krisen und Phasen des Stillstands im Integrationsprozess gegeben habe. Die EU wurde, wie er betonte, immer wieder auf Kompromissen aufgebaut, sie war (und ist) niemals perfekt, sondern trägt auch die Summe vieler Brüche in sich. Leider zeigten sich solche Bruchlinien auch in der Kirche, wo sich z. B. im Blick auf das Wirken von Papst Franziskus die Geister sehr schnell scheiden. Dies werde besonders deutlich angesichts des Verhaltens vieler Kirchenführer in Mittel- und Osteuropa, die sich im Kontext der Flüchtlingsfrage in offenen Widerspruch zu den Appellen des Heiligen Vaters stellten und „Solidarität“ zur leeren Worthülse werden ließen. Natürlich sei es für die Westeuropäer notwendig, die besonderen historischen Empfindlichkeiten im östlichen und südöstlichen Europa zu berücksichtigen; man dürfe aber den Bogen nicht überspannen, zusätzliches Misstrauen zwischen „Ost“ und „West“ säen und der EU grundsätzlich die Legitimität absprechen. Daher betonte er wie sein Vorredner, die EU müsse bei aller Fehlerhaftigkeit letztlich als Erfolgsprojekt gesehen und in der europäischen Öffentlichkeit entsprechend dargestellt werden. Aufgabe der Christen sei es, den Dialog zwischen den Menschen auf allen Ebenen in Gang zu bringen, wie z. B. beim von der COMECE mitinitiierten Kongress „(Re)Thinking Europe“ (Rom, 27.-29. Oktober 2017) – der Name war zugleich Programm. Ausdrücklich verwies er auf die Kernpunkte der Ansprache von Papst Franziskus (28. Oktober 2017), u. a. „Europa als Summe von Menschen, nicht von Zahlen“, „Europa als Ort des Dialogs“ und „Europa als Friedensprojekt“.¹

In der anschließenden Aussprache zu beiden Vorträgen wurde der Aspekt, „die Gemeinschaft Europas als Ziel wieder zu entdecken“, mehrfach angesprochen; hinsichtlich ihrer genauen Ausrichtung bestand jedoch keine Einigkeit („Solidargemeinschaft“, „mehr als reine Nothilfe, aber was genau?“, „Kontrollinstanz gegen Korruption“). Auch wurde bemängelt, dass die Krise der europäischen Institutionen (Verfälschung, Schwerfälligkeit) nicht angesprochen worden war. Ein Vorschlag zielte auf die Fortsetzung des Modells der Europäischen Ökumenischen Versammlungen (zuletzt EÖV 3, Sibiu/Rumänien, 2007) mit dem Ziel, der europäischen Idee seitens der Christen neuen Schwung zu verleihen.

Nationalistische Geschichtspolitik als reine Heldenverehrung

Der zweite Tag der Konferenz, dessen Vormittagsmoderation Dipl.-Theol. Stefan Kube oblag, begann mit dem Vortrag des Journalisten und Publizisten *Reinhold Vetter* zum Thema „Populismus und Nationalismus in Europa“. In pointierten Worten umschrieb er diese Phänomene als Wiederkehr nie völlig verschwundener Negativhaltungen wie z. B. Rassismus, Nationalismus/Chauvinismus und Antisemitismus. Der Populismus ist inzwischen weltweit auf dem Vormarsch; Steve Bannon, früherer Berater von US-

¹ Text z. B. unter https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-183b-COMECE-Kongress-Papst-Franziskus-Ansprache-Audienz.pdf

Präsident Donald Trump, nennt dies eine „Welle populistischer Aufstände“. Im Folgenden beschrieb Reinhold Vetter die Veränderungen im politisch-gesellschaftlichen Leben in den Kapiteln „Nationalistische Geschichtspolitik als reine Heldenverehrung“ (Schwerpunkt Polen), „Hilfe für Flüchtlinge als staatsfeindlicher Akt“ (Schwerpunkt Ungarn), „Intellektuelle, die nur im Caféhaus herumsitzen“ (Schwerpunkt Tschechien), „Burschenschaften haben nichts mit der FPÖ zu tun“ (Schwerpunkt Österreich) und fügte weitere Beispiele aus Deutschland, der Slowakei und Italien hinzu. Populisten (und Nationalisten) im östlichen Europa eint die Sehnsucht nach einem starken Staat (Polen, Ungarn) und klaren obrigkeitsstaatlichen Verhältnissen, außerdem vertreten sie ein äußerst traditionelles Familienbild – von dort stammt auch die Kritik, der EU mangle es an einem Wertefundament. Nach Ansicht des Referenten fehlt es vor diesem Hintergrund am Willen zu einer ehrlichen Debatte über die Zukunft der EU (etwa „Kerneuropa“ – wer gehört dazu?). Die Grundsatzdebatte sei aber notwendig, nur wolle sie niemand führen. Dies betonte er auch in der Aussprache zu seinem Vortrag; dort wurden als weitere Ursachen für die Ausbreitung populistischer Strömungen „Angst vor Veränderung jeglicher Art“ und „Verdummung durch soziale Medien“ genannt.

Überwindung der Sprachlosigkeit

Frau Prof. Dr. Ingeborg Gabriel (Universität Wien, Lehrstuhl für Sozialethik) eröffnete ihren Vortrag „Sozialethische Herausforderungen für die Kirchen“ mit einer Anspielung auf Heinrich Heines Worte „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Das gelte heute für Europa: Alte Sicherheiten seien dahin, neue Ängste drängten nach vorne – und welche Rolle spielen die Kirchen? Sie seien zwar zum Einsatz gefordert, aber eigentlich seien sie „schwache Riesen“. Natürlich geht es, wie sie betonte, zunächst um eine politische Krise, und die Kirchen stünden letztlich für etwas anderes, denn „irdische Gerechtigkeit ist nie vollkommen“ (Johann Baptist Metz). Nach den klaren Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils muss es der Kirche aber auch um Durchsetzung der Gerechtigkeit in der Welt gehen; konkret ist sie gefordert, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und angemessene Antworten auf die Fragen der Menschen vorzulegen. Anhand der drei zentralen Begriffe „Versöhnung“, „Solidarität“/„Soziale Gerechtigkeit“ und „Gemeinwohl“ skizzierte sie kirchliche Ansätze zur Überwindung der Krise. Notwendig für eine gelingende Versöhnung oder Aussöhnung zwischen den Menschen sei die Überwindung der Sprachlosigkeit: „Mangelnde Verständigung über unterschiedliche Positionen ist einer der Gründe für die Entfremdung.“ Viele Menschen im ehemals kommunistischen Teil Europas trauerten dem alten Solidaritätsverständnis nach und seien nicht bereit, in der gegenwärtigen Situation solidarisch zu handeln; „Laudato si“ biete demgegenüber wichtige Hinweise für solidarisches Handeln, die umgesetzt werden müssten. Nationalismus sei eine „säkulare Erwählungstheorie“ und stehe dem christlichen, universell ausgerichteten Modell diametral entgegen. Höchstes Ziel müsse letztlich die Erringung des Gemeinwohls für alle sein („salus populi suprema lex“) – de facto sei es aber schwer, Egoismen zu überwinden. Angesichts ihrer begrenzten Möglichkeiten in einer säkularen Welt könne die Kirche zumindest versuchen, Zeichen zu setzen. Drei Möglichkeiten stünden ihr offen: Integrieren – Dialog führen – neue Initiativen entwickeln.

Am Nachmittag des zweiten Konferenztages wurden vier Workshops (je zwei parallel) durchgeführt, die der Vertiefung der Thematik galten:

(1.) Von Musterschülern zu Problemfällen?

Experten: für Polen Weihbischof Dr. Krzysztof Zadarko, Koszalin – für Ungarn Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth, Szeged – für Tschechien Dr. Jaroslav Šonka, Prag.
Moderation: Dr. Christof Dahm.

(2.) Bürgerprotest und neue Aufbrüche

Experten: für Rumänien Prof. Dr. Radu Preda, Bukarest – für die Ukraine Andrij Waskowycz, Kiew – für Bulgarien: Prof. Dr. Valerij Stojanov, Sofia.
Moderation: Prof. Dr. Michael Albus.

(3.) Lost in Transition – die Westbalkanstaaten (in englischer Sprache)

Experten: für Serbien Dr. Irena Ristić, Belgrad – für Albanien Luigj Mila, Shkodra.
Moderation: Lic. Phil. Natalija Zenger.

(4.) Innen- und Außenperspektiven

Experten: für Russland Dr. Evgeny Pilipenko, Moskau – für Georgien: Prof. Dr. Vaja Vardidze, Tiflis – für Belarus Dr. Alena Alshanskaya, Mainz.
Moderation: Mag.a. Dr. Regina Augustin.

Erfolge der Europäischen Union stärker in Szene setzen

Am Abend fand im Festsaal des Erzbischöflichen Palais in Wien ein Festvortrag von *Mag. Dr. Othmar Karas MdEP* (ehem. Vizepräsident des EU-Parlaments) mit dem Titel „Zukunftsvision Europa“ statt. Der Referent schilderte zunächst die einzelnen Schritte, die zur heutigen Gestalt der Europäischen Union führten, angefangen von ersten Initiativen wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg über das „Europa der Sechs“ (EWG) bis hin zu den großen Aufbrüchen der letzten Jahrzehnte, besonders der Osterweiterungen der EU 2004 und 2007. Trotz mancher berechtigten Vorbehalte an der Schwerfälligkeit der Institutionen sei die EU insgesamt eine Erfolgsgeschichte und dürfe nicht mutwillig schlecht geredet werden. Er plädierte mit leidenschaftlichen Worten dafür, die breite Öffentlichkeit viel stärker als bisher über die Arbeit der EU zu informieren – nur so könne dem Eindruck, „Brüssel“ befasse sich nur mit unsinnigen Verordnungen und verschleudere ungeheure Summen für Verwaltungskosten, entgegengetreten werden. Viel zu wenig sei bekannt, dass die EU über Infrastrukturhilfen europaweit bis in Dörfer und Weiler präsent sei, und sicher habe nicht jede Gemeinde eine Europaflagge. Das Friedensprojekt „Europäische Union“ hat, davon zeigte er sich überzeugt, allen Unkenrufen zum Trotz eine Zukunft.

Europäische Kultur als Vereinbarkeit von christlichem und säkularem Humanismus

Der Abschlusstag der Konferenz stand im Zeichen des Vortrags von *Prof. Dr. Tomáš Halík* (Tschechische Christliche Akademie, Prag), der seine Ausführungen mit „Gedanken zu einer europäischen Politik aus christlichem Antrieb“ überschrieben hatte. Nach einem Rückblick auf die Krisensymptome, bei dem einige Überlegungen der Vortage in modifizierter Form noch einmal aufgegriffen wurden, skizzierte der Referent die Lage der Christen angesichts einer kaum mehr zu verstehenden Welt. Auch sie

seien nicht vor dem „Gespenst des Populismus“ gefeit, viele Konservative unter ihnen seien offen für „einfache“ Lösungen, die eine Rückkehr zu vermeintlichen alten Sicherheiten wie z. B. dem traditionellen Familienbild vorgaukelten. Seiner Ansicht nach kann ein solches „Christentum von gestern“ kaum eine Hoffnung für die Zukunft Europas sein. Vielmehr gelte es, die Vision Papst Benedikts XVI. zu bewahren, d. h. die europäische Kultur aus der Vereinbarkeit von christlichem und säkularem Humanismus abzuleiten. Weitere Akzente habe Papst Franziskus gesetzt, dessen Verbindung von Wort und Tat vielfach Anstoß erregt, aber auch deutlich für eine neue Offenheit in der katholischen Kirche steht. Wenn die Kirche in einer nicht mehr nur von Säkularisierung, sondern auch von Pluralisierung geprägten Welt eine Zukunft haben und ihre Stimme Gehör finden soll, muss sie noch mehr als bisher die „Zeichen der Zeit“ (den „Kairos“) erkennen, diese lesen lernen und den Menschen, die auf der Suche sind, Antworten auf ihre Fragen vorlegen. In der Aussprache zum Vortrag, die von Dr. Christof Dahm moderiert wurde, wurde darüber diskutiert, wie genau dieses „Christentum der Zukunft“ aussehen könne. Eine wesentliche Rolle wird der katholischen Soziallehre zukommen, für die Prof. Halík eine Ergänzung durch „Kairologie“ vorschlug. Zitiert wurde auch ein Wort von Karl Rahner „Der Christ des 21. Jahrhunderts wird Mystiker sein – oder er wird nicht sein“, das in dieselbe Richtung wie die Vorstellungen von Prof. Halík weist.

Von der Gefahr, weiterhin ü b e r „Osteuropa“ zu sprechen

Abgeschlossen wurde die Konferenz durch eine Podiumsdiskussion, an der *Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth, Prof. Dr. Radu Preda, Frau Dr. Irena Ristić* und *Reinhold Vetter* teilnahmen; moderiert wurde die Runde von *Mag.a Dr. Regina Augustin*. Inhaltlich wurden einige Kernthesen aus den Beiträgen aufgegriffen und zugespitzt, so z. B. durch *Frau Dr. Ristić* ein Wort von *Ivan Krastev* „Der Zweite Weltkrieg ist vorbei, nicht aber der Erste“, was ihrer Ansicht nach die Stimmung auf dem Westbalkan ziemlich treffend wiedergibt. *Prof. Máté-Tóth* erinnerte an die Notwendigkeit des Dialogs zwischen Ost und West auf Augenhöhe, wobei er etwas resigniert ergänzte, letztlich sei man in den letzten Jahren im „Westen“ gegenüber dem „Osten“ wieder zu den alten Klischees zurückgekehrt – gerade (aber nicht nur) in Ungarn sei man es aber leid, von oben herab abgekanzelt zu werden. Die Westeuropäer müssten sich auch einmal in die Rolle des „Schülers“ versetzen und umgekehrt die „Osteuropäer“ als „Lehrmeister“ anerkennen, denn sie könnten sicher auch etwas von ihnen lernen. *Reinhold Vetter* kam im Blick auf die Arbeit der Medien zu der ernüchternden Bilanz, dreißig Jahre Darstellung „Osteuropas“ seien letztlich gescheitert. Die Kritik an der abwertenden Pauschalbezeichnung „Osteuropa“ für einen geografischen Bereich, der wesentliche Teile Mitteleuropas umfasst, zog sich wie ein roter Faden durch die Konferenz – sie macht das ganze Dilemma deutlich, in dem sich die gegenwärtige Diskussionskultur über die Zukunft Europas bzw. der Europäischen Union befindet. In allen Teilen Europas, gerade auch in den Transformationsländern, wisse man, wie *Prof. Preda* beklagte, viel zu wenig über die positiven Seiten der europäischen Integration; stattdessen seien, wie er es für Rumänien erläuterte, Vorurteile und Halbwahrheiten an der Tagesordnung.

Die Konferenz schloss folgerichtig mit dem Appell, den Dialog auf möglichst vielen Ebenen fortzusetzen, um die Zukunft des „Projekts Europa“ erfolgreich voranzutreiben.

Dr. Christof Dahm



**diplomatische
akademie wien**
Vienna School of International Studies
École des Hautes Études Internationales de Vienne

G2W
Ökumenisches Forum für Glauben,
Religion und Gesellschaft
in Ost und West

PRO ORIENTE

Renovabis

Europa – wohin?

Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft

Konferenz vom 14. bis 16. März 2018 in Wien

Thema

Seit einigen Jahren mehren sich in Europa die Krisensymptome. Die Euphorie der „Wendejahre“ nach 1989/90 und jene, die die Osterweiterung der Europäischen Union begleitete, sind spätestens seit der Flüchtlingskrise im Sommer und Herbst 2015 verflogen. In vielen europäischen Ländern gewinnen politische Kräfte an Einfluss, die eine Abkehr von der bisherigen Integrationspolitik fordern und damit die Entwicklung Europas seit dem Ende des Kalten Krieges infrage stellen.

Angesichts dieses Befundes will die Konferenz versuchen, Expertinnen und Experten aus Gesellschaft, Kirche und Wissenschaft miteinander ins Gespräch zu bringen. Wichtig wird es dabei sein, die bestehenden Probleme offen auszusprechen und miteinander über mögliche Wege aus der Krise zu diskutieren.

Veranstalter

- PRO ORIENTE
- Institut G2W – Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West
- Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Die Veranstaltung findet statt mit freundlicher Unterstützung des Instituts für Religion und Frieden – Katholische Militärseelsorge Österreichs, der Diplomatischen Akademie und in Kooperation mit der Universität Wien.

Programm auf den folgenden Seiten:

Mittwoch, 14. März 2018

15:00 **Grußwort**
Botschafter Dr. Emil Brix,
Direktor der Diplomatischen Akademie Wien

Eröffnung, Begrüßung, Einführung
Prof. Dr. Rudolf Prokschi, Wien
Burkhard Haneke M.A., Freising

15:10 **Zur Krise in Europa (politische Sicht)**
Dr. Konrad Clewing, Regensburg

15:50 **Zur Krise in Europa (kirchliche Sicht)**
Dr. Michael Kuhn, Brüssel

16:30-17:30 **Diskussion zu den Vorträgen**
Moderation: Burkhard Haneke M.A., Freising

18:00 **Abendessen**

Im Anschluss: freier Abend

Donnerstag, 15. März 2018

9:00 **Kurzer Rückblick**
Dipl.-Theol. Stefan Kube, Zürich
(auch: Gesamtmoderation des Vormittags)

9:05-10:30 **Populismus und Nationalismus in Europa**
Reinhold Vetter, Berlin – Warschau

10:30-11:00 **Kaffeepause**

11:00-12:30 **Sozialethische Herausforderungen für die Kirchen**
Prof. Dr. Ingeborg Gabriel, Wien

12:30-14:30 **Mittagspause**

14:30-16:00 **zwei parallel laufende Panels**

[1.] Von Musterschülern zu Problemfällen?

Referierende:

- Polen: Weihbischof Krzysztof Zadarko, Koszalin
- Ungarn: Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth, Szeged
- Tschechien: Dr. Jaroslav Šonka, Prag

Moderation: Dr. Christof Dahm, Freising

[2.] Bürgerprotest und neue Aufbrüche

Referierende:

- Rumänien: Prof. Dr. Radu Preda, Bukarest
- Ukraine: Andrij Waskowycz, Kiew
- Bulgarien: Prof. Dr. Valerij Stojanov, Sofia

Moderation: Prof. Dr. Michael Albus, Freiburg

16:00-16:30 Kaffeepause

16:30-18:00 **zwei parallel laufende Panels**

[1.] Lost in Transition – die Westbalkanstaaten

Referierende:

- Serbien: Dr. Irena Ristić, Belgrad
- Bosnien und Herzegowina: Dr. Vedran Džihic, Wien
- Albanien: Luigj Mila, Shkodra

Moderation: Lic. Phil. Natalija Zenger, Zürich

[2.] Innen- und Außenperspektiven

Referierende:

- Russland: Dr. Evgeny Pilipenko, Moskau
- Georgien: Prof. Dr. Vaja Vardidze, Tiflis
- Belarus: Dr. Alena Alshanskaya, Mainz

Moderation: Mag.a Dr. Regina Augustin, Wien

18:00-19:00 Abendessen

19:30 **Zukunftsvision Europa**

Mag. Dr. Othmar Karas, Mitglied des Europäischen Parlaments

Veranstaltungsort: Erzbischöfliches Palais, Wollzeile 2, 1010 Wien

Freitag, 16. März 2018

9.00 **Kurzer Rückblick**

Dr. Christof Dahm, Freising (auch: Moderation des Vormittags)

9:05-10:15 **Gedanken zu einer europäischen Politik aus christlichem Antrieb**

Prof. Dr. Tomáš Halík, Prag

10:15-10:45 Kaffeepause

10:45-12:00 **Abschlusspodium mit Referierenden aus den Panels**

Moderation: Mag.a Dr. Regina Augustin, Wien

Schlusswort

12:00-13:00 Mittagessen

Ende der Veranstaltung

Europa – wohin? Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft

Konferenz vom 14. bis 16. März 2018 in Wien

Mitwirkende (Referierende und Moderation)

Prof. Dr. Michael Albus,

Universität Freiburg/Brsg., Religionsdidaktik der Medien, Deutschland

Dr. Alena Alshanskaya,

Universität Mainz, Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte, Deutschland

Mag.a Dr. Regina Augustin, PRO ORIENTE, Wien, Österreich

Dr. Konrad Clewing, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg, Deutschland

Dr. Christof Dahm, Renovabis, Freising, Deutschland

Dr. Vedran Džihic, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien

Prof. Dr. Ingeborg Gabriel, Universität Wien, Lehrstuhl für Sozialethik, Österreich

Prof. Dr. Tomáš Halík, Tschechische christl. Akademie, Prag, Tschechische Republik

Burkhard Haneke M.A., Renovabis, Freising, Deutschland

Mag. Dr. Othmar Karas, Mitglied des Europäischen Parlaments, Wien, Österreich – Brüssel, Belgien – Straßburg, Frankreich

Dipl.-Theol. Stefan Kube, Institut G2W, Zürich, Schweiz

Dr. Michael Kuhn, COMECE, Brüssel, Belgien

Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth,

Universität Szeged, Lehrstuhl für Religionswissenschaften, Ungarn

Luigj Mila, Justitia et Pax Albanien, Shkodra, Albanien

Dr. Evgeny Pilipenko, Gesamtkirchliches Institut des Moskauer Patriarchats für Postgraduiertenstudien, Moskau, Russland

Prof. Dr. Radu Preda, Institut für die Untersuchung kommunistischer Verbrechen und die Erinnerung an das rumänische Exil, Bukarest, Rumänien

Prof. Dr. Rudolf Prokschi, Universität Wien, Leiter des Faches Theologie und Geschichte des christlichen Ostens, Österreich

Dr. Irena Ristić, Institut für Sozialwissenschaften, Belgrad, Serbien

Dr. Jaroslav Šonka, Publizist, Prag, Tschechische Republik

Prof. Dr. Valerij Stojanov, Institut für Geschichte an der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia

Prof. Dr. Vaja Vardidze, Sulchan-Saba Orbeliani Teaching University, Tiflis, Georgien

Reinhold Vetter,

freier Wissenschaftler und Publizist, Berlin, Deutschland – Warschau, Polen

Andrij Waskowycz,

Caritas der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, Kiew, Ukraine

Weihbischof Krzysztof Zadarko, Diözese Koszalin-Kołobrzeg, Koszalin, Polen

Lic. Phil. Natalija Zenger, Institut G2W, Zürich, Schweiz

Organisatorisches

Anmeldung schriftlich an: PRO ORIENTE
 z. H. Mag.a Gudrun Kaiser
 Hofburg, Marschallstiege II
 A-1010 Wien
 kaiser@pro-oriente.at,
 Tel: +43 (0)1 5338021-5, Fax: +43 (0)1 5338021-4

Anmeldung mit beiliegendem PDF-Formular bis **spätestens 1. Februar 2018** möglich.

Konferenzbeitrag: € 150,- (inkl. Mahlzeiten) | € 100,- (ohne Mahlzeiten)
 Dieser ist bei der Registrierung am Konferenzort bar zu bezahlen. Ein Antrag auf Befreiung ist in begründeten Fällen schriftlich zu richten an:

Renovabis, Dr. Christof Dahm, Domberg 27,
 D-85354 Freising, da@renovabis.de

Reisekostenzuschuss: Zu den Reisekosten kann ein Zuschuss bis maximal € 200,00 gewährt werden. Auch dazu sind schriftliche Anträge an Dr. Christof Dahm zu richten.

Konferenzsprache: Konferenzsprache ist Deutsch.

Veranstaltungsort: Diplomatische Akademie, Favoritenstraße 15A,
 A-1040 Wien – Bitte möglichst bis 14.00 Uhr am Veranstaltungsort eintreffen!

Unterbringung: Für Selbstbucher: *Rainers Hotel Vienna*
 Gudrunstraße 184, A-1110 Wien
 www.rainers-hotel.eu, Tel. +43 (0) 605800
 Einzelzimmer: € 75,-
 Doppelzimmer (Einzelnutzung): € 95,-
 Der Buchungscode wird Ihnen mit der Bestätigung Ihrer Anmeldung mitgeteilt.

Buchbar bis spätestens 12. Februar 2018.

Zimmerreservierung durch PRO ORIENTE:
 s. folgende Seite

Unterbringung:

Reservierung über PRO ORIENTE:
Novum Hotel Prinz Eugen

Wiedner Gürtel 14, A-1040 Wien
www.novum-hotels.com/hotel-prinz-eugen-wien
Tel. +43 (0)1 5051741

Einzelzimmer: € 65,- / € 70,- (Ruhelage),
Doppelzimmer (Einzelnutzung): € 70,- / € 75,- (Ruhelage)

Die Kategorien werden entsprechend der Verfügbarkeit
vergeben.

Buchbar bis spätestens 1. Februar 2018.

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Mag.a Dr. Regina Augustin (PRO ORIENTE)
augustin@pro-oriente.at;
Tel.: +43 (0)1 5338021-1

Dr. Christof Dahm (Renovabis)
da@renovabis.de,
Tel.: +49 (0)8161 5309-70

Dipl.-Theol. Stefan Kube (Institut G2W)
kube.g2w@bluewin.ch,
Tel.: +41 (0)44 3421819



Reinhold Vetter (Publizist) während seines Vortrags über die politische Krise Europas.
Foto: Thomas Hartl



Über sozialetische Herausforderungen der Kirchen angesichts der europäischen Krise sprach Prof. Dr. Ingeborg Gabriel, Universität Wien.
Foto: Thomas Hartl



Gespräch am Rande der Konferenz: Prälat Dr. Peter Klasvogt, Kommende Paderborn, und Renovabis-Geschäftsführer Burkhard Haneke.

Foto: Thomas Hartl



Arbeitsgruppe „Von Musterschülern zu Problemfällen?“ mit Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth (Ungarn), Dr. Jaroslav Šonka (Tschechien), Moderator Dr. Christof Dahm und Weihbischof Krzysztof Zadarko (Polen) – v.l.n.r.

Foto: Eva Tripsa



Arbeitsgruppe „Lost in Transition – die Westbalkanstaaten“ mit den Experten Dr. Irena Ristić (Serbien) und Luigj Mila (Albanien) und der Moderatorin Natalija Zenger (links im Bild).

Foto: Burkhard Haneke



Arbeitsgruppe „Bürgerprotest und neue Aufbrüche“ mit Andrij Waskowycz (Ukraine), Prof. Dr. Radu Preda (Rumänien) und Prof. Dr. Valerij Stojanov (Bulgarien) – v.r.n.l. Moderation: Prof. Dr. Michael Albus.

Foto: Burkhard Haneke



Prof. Dr. Tomáš Halík (Tschechien) betonte die Verpflichtung der Christen zur Mitgestaltung der Welt.
Foto: Thomas Hartl



Blick in das Plenum während der Abschlussdiskussion; am Mikrophon Prof. Dr. Dr. András Máté-Tóth (Ungarn).

Foto: Burkhard Haneke